

schen Linken zu fördern. Im Komitee arbeiten Marxisten, Sozialdemokraten und Christen zusammen. Als Gruppe fühlen sie sich keiner bestimmten Partei, weder in Deutschland noch in Chile, verpflichtet. Die politische Auseinandersetzung innerhalb der Linken über Chile wollen sie nicht verhindern, sondern durch Information erst ermöglichen. Über allem aber steht die Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk und den Organisationen der Arbeiterklasse Chiles. Die Nachfrage nach den CHILE-NACHRICHTEN ist weiter stark gestiegen, was erneut die Kosten erhöht hat. Weiterhin werden alle redaktionellen Arbeiten, Schreibarbeiten, Layout und Druckarbeiten vom Redaktionsteam und befreundeten Druckern gratis in Nacharbeit erbracht. Die Redaktion versucht, auch in Zukunft die CHILE-NACHRICHTEN ohne festen Preis abzugeben. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für CHILE-NACHRICHTEN gespendet haben, werden aufgefordert, dies demnächst zu tun:

Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 380087-108
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.

Die Spenden müssen das Kennwort "CHILE-NACHRICHTEN" tragen, da sie sonst den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden. Eine einfache Methode ist auch, einem Brief an die Redaktion 10 DM beizulegen.

Wer nicht zahlt, kann nicht damit rechnen, weiter beliefert zu werden!

Die Chile-Komitees und interessierte Buchläden können von jetzt an (in beschränktem Umfang) mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von 50 Pfennig pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß der Solidaritätspreis, zu dem sie verkauft werden, 1,-DM beträgt und die zusätzlichen Einnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Komitees oder dem Spendenkonto zufließen.

Um die Dringlichkeit weiterer Spenden für die CHILE-NACHRICHTEN zu verdeutlichen, hier die Abrechnung über die letzten drei Nummern:

Kontostand am 30.8.73:		DM 1415.-
Einnahmen aus Spenden bis zum 10.10.73:	DM 3881.-	-
Ausgaben für Nr. 4:	DM 185.-	
Ausgaben für Nr. 5:	DM 1607.-	
Ausgaben für Nr. 6:	DM 1816.-	
	<u>DM 3608.-</u>	
	273.-	<u>DM 273.-</u>
Kontostand am 10.10.73:		DM 1688.-

Mit diesem Bestand können also nur knapp die Kosten der vorliegenden Ausgabe gedeckt werden. Auf das Konto "Solidarität mit Chile" sind daneben bis zum 10. Okt. DM 41.478,-, teils aus direkten Spenden, teils aus Sammlungen, eingegangen. Sie werden voll ihrem Zweck zugeführt: den Kampf der chilenischen Arbeiterklasse zu unterstützen und den Opfern des Faschismus zu helfen.

Die CHILE-NACHRICHTEN erscheinen weiter vierzehntägig. Nachrichten und Beiträge an: Clarita Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65.

Redaktion dieser Nummer: Redaktionskollektiv,
Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 25.10.1973

CHILE - NACHRICHTEN

HERAUSGEBER: KOMITEE »SOLIDARITÄT MIT CHILE«

NUMMER: 7

12.10.1973

WESTBERLIN

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

Die Militärjunta: ein improvisierter Faschismus

Nachdem die chilenische Militärjunta 4 Wochen lang durch Erschießungsdrohungen und Terror das Land regiert hat, muss sie jetzt versuchen, ihrer Politik eine längerfristige Grundlage zu geben. Die Junta macht diesen Versuch zugleich auf den verschiedensten Ebenen. Sie beginnt, eine Wirtschaftspolitik zu formulieren, nimmt das Projekt einer neuen Verfassung in Angriff und sucht nach Möglichkeiten, den Terror zu systematisieren und zu perfektionieren.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind inzwischen erste Entscheidungen gefallen. Am 11.10. trat der bisherige Wirtschaftsminister, Divisionsgeneral Orlando González zurück. An seine Stelle trat Fernando Léniz Cerda, bisheriger Präsident der Zentral-

INHALT DIESER NUMMER

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE	
- Die Militärjunta: ein improvisierter Faschismus	1
- Die ideologische Offensive der Junta	7
- Briefe aus Chile	11
- Presse der chile- nischen Reaktion	16
AUS DER WEST- DEUTSCHEN PRESSE	19
BESUCHE IN CHILE	22
DIE HALTUNG DER BUNDESREGIERUNG	25
BRASILIERUNG LATEINAMERIKAS	
- Peru	27
- Argentinien	29
SOLIDARITÄTS- AKTIONEN IN DER BRD UND WESTEUROPA	30
INFORMATIONEN- QUELLEN ÜBER CHILE	35
FILME AUS CHILE - FILME ÜBER CHILE	37
REDAKTIONS- NACHRICHTEN	39



lungskette des Mercurio, die das wichtigste Instrument der Propaganda der Rechten in Chile darstellt. Als wichtigste Wirtschaftsberater wurden ernannt Ricardo Claro, führender Unternehmer der Gruppe der "Pirañas", (so genannt nach den menschenfressenden Raubfischen Brasiliens), die unter der Regierung der UP einige Unternehmen verlor und Raul Sáez, der unter Frei Leiter der CORFO gewesen war, sich aber schon 1967 mit Frei zerstritt.

Das Direktorium der Automobilabteilung der CORFO wurde ebenfalls neu besetzt. Diese Abteilung ist deshalb so wichtig, weil in einem Land wie Chile die Automobilpolitik die Gleise für die gesamte Politik der Einkommensverteilung stellt und daher in der Allende-Regierung ein Hauptpunkt der Auseinandersetzung war. Präsident des Direktoriums wurde das Mitglied der Nationalen Partei, Admiral im Ruhestand Jacobo Neumann, erster Vize-Präsident der Luftwaffengeneral im Ruhestand Máximo Errázuriz und zweiter Vize-Präsident der General im Ruhestand Alberto Labbé Troncoso, ehemaliger Senatskandidat der Nationalen Partei und lautester Verfechter eines Faschisten-Regimes in Chile.

Die Ernennungen zeigen, dass die Junta an die Wirtschaftspolitik Alessandris, des Vorgängers von Frei in der Präsidentschaft, anknüpft. In der Junta überwiegt zur Zeit eindeutig diejenige Rechtsströmung, die die Regierung von Frei als Vorläufer der Regierung der UP ansieht.

Die Bedeutung, die die Junta dieser Orientierung der Wirtschaftspolitik gibt, zeigt sich in dem ebenfalls angekündigten Rücktritt des bisherigen Außenministers der Militärjunta, Admiral Huerta, der durch Orlando Saenz, Präsident des chilenischen Industrieunternehmerverbandes SIFODFA, ersetzt werden soll. Insgesamt gehen die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik auf die Kreise der Grossunternehmer, der Unternehmerverbände und des am stärksten profaschistischen Flügels der nationalen Partei über.

Aus den Ernennungen ergibt sich gleichzeitig, dass der Personenwechsel keinen Wechsel der politischen Orientierung bedeutet. In der Innenpolitik wird der Standpunkt der Grossunternehmer stabilisiert sein, wofür auch die starke Zunahme der Konkurse von kleinen und mittleren Handelsbetrieben in den



DIE WÄNDE KANN MAN SÄUBERN - DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER NICHT!

ersten 11 Tagen des Oktobers spricht. Außenpolitisch hingegen wird im Vordergrund die Herdrehung um ausländisches Privatkapital stehen. In den Verlautbarungen der Junta wird die Bereitschaft ausgedrückt, die Regierung des Landes so zu führen, dass das Interesse des ausländischen Kapitals an Interventionen gesichert wird. So sagt der General Eduardo Cano, Präsident der chilenischen Zentralbank vor seiner Reise zur Konferenz des Weltwährungsfonds, dass "Chile die Bedingungen schaffen wird, die ein Milieu garantieren, in dem die ausländische Hilfe effektiv verwendet werden kann." (La Mercurio, 26. 9. 73) In die gleiche Richtung weist das Angebot der Junta, die unter Allende entschädigungslos enteigneten Kupferbergwerke jetzt zu entschädigen. Das in Chile so diskutierte Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist aus den heutigen chilenischen Zeitungen völlig verschwunden. Stattdessen spricht man vom ausländischen Vertrauen, das man sich verdienen muss. Nimmt die heutige chilenische Wirtschaftspolitik schon wenig Rücksicht auf die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen, so ist sie gegenüber der Arbeiterklasse völlig rücksichtslos und versucht, die Inflation durch radikale Senkung der Realeinkommen zu bekämpfen. Dies drückt sich in den ursprünglich politisch motivierten Massenentlassungen aus, die die unter Allende stark gesenkte Arbeitslosigkeit wieder enorm steigern, gleichzeitig aber auch in der Lohn- und Preispolitik der Junta. Unter der Regierung Allendes war es ein wesentlicher Grundsatz dieser Politik, die Einkommensverluste aus der Inflation in regelmäßigen Zeiträumen auszugleichen. Es lag bereits ein Gesetz vor, nach dem am 1. Oktober 1973 ein voller Inflationsausgleich der Nominallöhne stattfinden sollte. Vom letzten Inflationsausgleich bis zu diesem Zeitpunkt betrug die Inflationsrate bereits etwa 150 %. Ende September setzte die Militärjunta dieses Gesetz ausser Kraft und dekretierte einen Lohnstopp auf unbestimmte Zeit, zumindest aber bis zum 1. Januar 1974. Sie begründete diesen Lohnstopp damit, dass jetzt angeblich die offiziellen Preise stabilisiert seien, und versuchte diese Preisstabilisierung durch die Androhung des Kriegsrechts, notfalls der Erschiessung, durchzusetzen. Auf dem Zentralmarkt wurden exemplarisch zwei Schwarzhändler erschossen.

Aber selbst diese Preisstabilisierung gelang nicht. Anfang Oktober wertete die Junta den chilenischen Escudo ab und bestimmte die Dollarparität bei 200 E². Dies bedeutete eine Verzehnfachung des für den Import von Lebensnotwendigen Gütern bisher geltenden Wechselkurses, und damit notwendig einen entscheidenden Anstieg der für die Kaufkraft der Löhne wichtigsten Güter, besonders wenn man hinzunimmt, daß die Junta zur Hebung des Produktionsanreizes auch enorme Preissteigerungen für inländische landwirtschaftliche Produkte zugelassen hat. Vertreter der Junta erklärten, daß es ebenfalls nicht mehr möglich sein werde, für die chilenischen Kinder eine Grundversorgung mit Milch (1/2 Liter pro Tag wurde unter der Regierung Allendes verteilt) sicherzustellen. Der Wirtschaftsminister beklagte sich über den Brotpreis: "Und im übrigen ist das Brot viel zu billig. Stellen Sie sich vor, ein Brotlaib kostet nur 12 Escudos..." (La Prensa, 26. 9. 73)

Da gleichzeitig die Gewerkschaftsbewegung verboten ist, und Streik als Sabotage gilt, wird jede Aktivität der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mit dem Tode bedroht. Tatsächlich ist die Möglichkeit einer solchen Wirtschaftspolitik gegenüber einer in Generationen geformten Arbeiterklasse nur durch den absolutesten Terror zu sichern. Die Junta hat vom ersten Tag an gezeigt, daß sie zu diesem Terror bereit ist. Ihre Wirtschaftspolitik beweist aber auch, daß sie ihn in der Zukunft fortzusetzen gedenkt. Chile hat sich dadurch in ein Land verwandelt, in dem die Erschiessungsandrohung alltägliches Mittel der Politik wird. Inzwischen haben alle chilenischen Unternehmungen, einschließlich der staatlichen Institutionen, eine interne Verwaltungsordnung, in der zwei Dinge hervorstechen: Schießandrohung im Falle der Sabotage (die jede Form von Arbeitskämpfen einschließt) und die Forderung nach militärischem und männlichen Haarschnitt für die Männer, dezenter Kleidung für die Frauen.



Dieser Terror hat zur Unterdrückung aller Menschenrechte geführt, da er konsequenterweise alle nur denkbaren Ausserungen einer Opposition verhindern muß. Der angezielte Grad der Unterdrückung der Arbeiterklasse ist nicht verwirklichter, wenn nicht gleichzeitig sowohl die Presse und Informationsfreiheit als auch die Freiheit der Lehre und Forschung, der Parteienbildung und von allgemeinen Wahlen unterdrückt wird.

Konsequenterweise kündigt die Junta eine neue Verfassung an, die einem faschistischen Arbeitsfrontdenken verhaftet ist. Das Mitglied der Junta, Luftwaffengeneral Leigh, begann unmittelbar nach dem Putsch von den Grundprinzipien dieser Verfassung zu sprechen. Da Leigh als der starke Mann der Junta gilt, dürften seine Vorstellungen von der neuen Verfassung eine besondere Rolle in der Ausarbeitung des endgültigen Projekts spielen. Leigh hält allgemeine Wahlen für ein solch armes Land wie Chile für zu teuer und unökonomisch. Er will die nach allgemeinen Wahlen rechtswidrige Wahlvertretung durch einen neuen Kongress ersetzen, in dem vorwiegend das Militär, die Unternehmerverbände (gremios), die Frauen und die Jugend vertreten sind. Inzwischen ist eine Kommission für die Ausarbeitung der Verfassung gegründet worden, die folgende Zusammensetzung hat: Henrique Ortúzar, früherer Justiz- und später Außenminister der Regierung Alessandri, der im Jahre 1970 die Wahlkampagne Alessandris, des Präsidentschaftskandidaten der Rechten, leitete; Sergio Diez, vortretender Ex-Deputierter der Nationalen Partei, Jaime Guzmán, graue Eminenz der faschistischen Organisation "Waterland und Freiheit" und Jorge Ovalle von der radikal-demokratischen Partei. Verlässlichster Vertreter der Vorstellungen Leighs ist Jaime Guzmán, dem Leigh ursprünglich die Ausarbeitung der Verfassung im Alleingang anvertrauen wollte. Ein chilenischer Redaktionsprecher hatte gesagt, Guzmán sei so "genial", daß er das wohl allein machen könnte.

Die korporativistische Vorstellung von der neuen Verfassung entspricht natürlich dem terroristischen Charakter dieser geplanten chilenischen Gesellschaft und ihrer terroristischen Wirtschaftspolitik. Sie entspricht aber nicht unbedingt der von der Junta so dienstbeflissen betonten Notwendigkeit, sich das Vertrauen des Auslands zu verdienen.

Es entscheidet daher mit dem terroristischen Gesellschaftsprojekt die Notwendigkeit, es vor dem Ausland zu verstecken, es aber gleichzeitig den niedrigeren sozialen Schichten einsichtig zu machen, auf die sich die Junta stützen muß. Die Junta versucht dies durch zwei Behauptungen, die sie ständig in ihrer Propaganda ausspielt.

Die erste bezieht sich auf den sogenannten Plan "Z", der seit dem Putsch ständig hochgespielt wird und eine Unzahl von Varianten hat. Seine erste Form hatte er bei der Legitimierung des Putsches unter den Militärs. Es wurde behauptet, die UP hätte einen generellen Kampfplan ausgeheckt, genau von der Art, wie ihn die Junta tatsächlich hatte und dann durchführte: die physische Ausrottung aller möglichen Gegner. Dieser angebliche Plan der UP wurde nach dem Putsch nicht besonders betont. In dem Grade aller-

dings, in dem die Mittelklasse als sozialer Träger des Militärputsches vor dem Massenmorden erschrak und sich emotionelle Depressionen in ihren Reihen bemerkbar machten, wurde dieser Plan immer weiter vervollkommen. Man behauptete, man habe diesen Plan im Safe von Daniel Vergara, kommunistischer Staatssekretär des Innenministers unter Allende, gefunden. Die letzte Formulierung des Plans "Z" findet man in der Zeitung La Segunda vom 3. Oktober 1973. Danach handelt es sich jetzt um einen Putschplan, der Allende durch den sozialistischen Senator Carlos Altamirano ersetzen sollte und von dem linken Flügel der sozialistischen Partei, vom MAPU und vom MIR getragen wurde. La Segunda weiß sogar, daß eine neue Nationalflagge geplant war, in der der traditionelle Stern durch Hammer und Sichel ersetzt werden sollte.

Während diese ständig sich ändernden Putschpläne der UP von den Militärs entwickelt wurden und damit dem Mittelstand das Gefühl der Legitimität der ungeahnten Brutalität des Militärs vermittelt werden sollte, begann man gleichzeitig gegenüber dem Ausland eine systematische Kampagne, die dazu bestimmt ist, die dort bekannte Wahrheit über das neue Militärregime abzustreiten. Man sprach am Anfang von weniger als 100 Toten, heute von etwa 600. Man präsentiert die Militärs als die Retter der Demokratie, die das Opfer auf sich genommen haben, auf die traditionelle Nichteinmischung in die Politik zu verzichten. Wichtigster Repräsentant dieser Kampagne ist der Innenminister, General Gonilla, ohne Zweifel der Sesterzogene unter den Generälen. Gonilla hält die Kontakte mit der ausländischen Presse und ihren Vertretern und mit aus dem Ausland kommenden, gebetenen und auch ungebetenen Gästen. Ein Mann von viel Prestige und wenig Macht, spricht er davon, daß die Junta nur eine bestimmte Zeit die Macht übernimmt, um zum Geburtshelfer einer neuen bürgerlichen Verfassung zu werden, die den Volkswillen besser als die vorherige repräsentiert. Da es viele Besucher gibt, die überzeugt werden wollen, kommen ebensoviele überzeugt zurück. Der letzte, der überzeugt zurückkam, war Herr Heck. (FAZ, 11. Okt. 1973)

Gonilla dient allerdings nicht nur dazu, dem Ausland Sand in die Augen zu streuen. Er spricht gleichzeitig aus, was die Hoffnung der rechten Christdemokratie ist, insbesondere von Frei und dem Parteipräsidenten Aylwin, die sich als die demokratische Lösung des Putsches anbieten, indem sie eine Demokratie ohne marxistische Parteien herbeisehnen. Die Junta jedoch - und die erwähnten Ernennungen der die Wirtschafts- und Außenpolitik bestimmenden Personen zeigen dies - hat für die christdemokratischen Politiker keinen Platz. Dies löst auf der einen Seite Tendenzen aus, sich mit den Parteien der Volkseinheit in einer Front zu vereinigen. Auf der andern Seite führte es von Seiten der rechten - und bis heute führenden - Politiker, insbesondere von Frei und Aylwin, zu einer immer servileren Haltung gegenüber der Junta. Sie begannen, in jeder Hinsicht die Meinungskampagne der Junta zu unterstützen, nicht nur in der Rechtfertigung des Putsches durch den ganz offensichtlich gefälschten Plan "Z", sondern auch in ihren Bemühen, das entstehende Terrorregime vor dem Ausland zu verstecken und die Wahrheit über den Massenmord in Chile zu leugnen. Inzwischen bieten sie sich an, Reisen zur Aufklärung der aus-



chilenschen Öffentlichkeit zu übernehmen. Wenn man den letzten Nachrichten glauben darf (FAZ, 11.10.73), hat sich auch der Kardinal von Santiago diesem Unternehmen angeschlossen. Der Kardinal erklärt jetzt, daß der Papst durch die Fehlinformationen ausgewiesener Nonnen und Priester dazu gebracht worden sei, die Situation nach dem Umsturz in Santiago zu beklagen. Frei will sich durch diese Haltung die notwendigen Verdienste erwerben, um bei einem eventuellen Umschlag der Meinung der Junta möglicher und wichtigster Präsidentschaftskandidat zu bleiben. Die starken Männer der Junta bereiten sich allerdings auf die langfristige Installation des Terrorregimes vor. So sagte der Admiral Merino: "Erst dann, wenn der Chilene fähig ist, allein seinen Weg zu finden, werden wir das Stauer übergeben". Genauere Gedanken über diesen Erziehungsprozeß hat sich aber der General Ernesto Saeza, Direktor der Kriminalpolizei gemacht: Er "wies darauf hin, daß die Verbrechensbekämpfung die physische Vernichtung desjenigen einschließt, der bei einem Vergehen in Flagranti gefaßt wird und der Polizei Widerstand entgegensetzt..."

Außerdem, verlangt der General Saeza für diejenigen, die das Glück haben, nur verhaftet zu werden, für die Rückfälligen und sonstige gefährliche Elemente vom Innenministerium und der Militärjunta, diese sofort auf einer Insel im äußersten Süden gefangen zu setzen wo man eine Gefängniswerkstatt herrichten soll mit dem Zweck, Möbel und andere Elemente für Schulen und öffentliche Büros herzustellen... Denselben Vorschlag macht er für die jetzt in Gefängnissen eingeschlossenen Frauen, für die er einen Arbeitsplan vorschlägt der die Massenproduktion von Schuluniformen vorsieht." (La Tercera, 21.7.73)

Gefängnisse, öffentliche Büros und Schulen, das ist das Gesamtsystem, innerhalb dessen die zukünftigen Chilenen lernen, "allein ihren Weg zu finden". Man wird die "harte Hand des Militärs" anwenden. Man habe sogar mit der Arbeit schon angefangen auf Grund des "Aufstehens einiger toter Personen im Sektor Mapocho (Fluß in Santiago), die nicht von Militärs umgebracht wurden" "Ich habe Anweisungen gegeben, zu untersuchen, mit welchen Patronentypen sie ausgemerzt wurden.... Denn, wenn die Kriminalpolizei jemanden umbringt, geschieht dies zur Abschreckung der andern, und dies werden alle Bürger durch entsprechende der Öffentlichkeit übergebene Fotografien erfahren" (La Tercera, 20.9.73)

Mord und öffentliches Bekenntnis zum Mord, das ist die moralische Kraft der starken Männer dieses Regimes. Umso erstaunlicher ist es, wenn der Bischof von Valparaiso erklärt, daß die neue Regierung die Moral in Chile wiederhergestellt habe. Man wird gespannt sein, wie die von der CDU zu ihrem Parteitag im November dieses Jahres eingeladenen Herren Frei und Aylwin die deutsche Öffentlichkeit aufklären werden (FAZ 11.10.1973). Werden sie uns erklären, daß die Herren Generäle das, was sie öffentlich ankündigen und zu tun behaupten, gar nicht machen?

Trotz des in Gang gesetzten Terrorapparates hat man bisher die Parteien der chilenischen Linken in ihrer Struktur nicht zerstören können. Der Polizeigeneral Cesar Mendoza, Mitglied der Junta, sagt es selbst: "Wir Mitglieder der Regierungsjunta sind uns völlig bewußt, daß im Land latente Guerilla-Kerne existieren. Wir haben hier 13.000 ausländische Extremisten registriert, die in Chile waren. Nach unsern Informationen hat man nur einige dieser Elemente verhaften können, oder einige haben auf verschiedenen Wegen das Land verlassen. Die übrigen sind geblieben, und man muß noch einige wenige Chilenen hinzurechnen... Man muß ein Bewußtsein gegen die Extremisten schaffen. Die Bürgerschaft muß den militärischen Autoritäten und der Polizei die bestehenden Nester denunzieren." (La Tercera, 28.9.1973)

Der General weiß, daß der Widerstand weiterbesteht. Er weiß aber auch, das, was viele Chilenen wissen: Es handelt sich nicht um viele Ausländer und einige wenige Chilenen. Es handelt sich um viele, viele Chilenen und einige wenige Ausländer.

> Die ideologische Offensive der Junta

Der neue Nahost-Krieg hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Thema Chile abgelenkt. Das erschwert die Arbeit der Chile-Komitees, soweit sie sich an diese Öffentlichkeit wendet; es erschwert aber auch die ideologische Offensive der Junta, die sich gerade jetzt daran machen wollte, ihr internationales Image aufzubessern durch die Entsendung neuer Botschafter, UN-Delegierter und Wirtschaftskommissionen sowie durch die Verbreitung von Propagandaschriften.

Die Umrisse der Strategie und Taktik dieser Offensive wurden bereits aus der Art der Presseberichterstattung durch westdeutsche Apologeten des chilenischen Faschismus deutlich und kann daher nicht überraschen; überraschend ist allenfalls die Primitivität und damit die Hilflosigkeit der Argumentation, die auch nach Wochen immer noch aus bloßen Umkehrungen der Fakten und freien Erfindungen besteht und sich dabei oftmals bei der Suche nach Belegen selbst widerlegt.

Ausgehend von einer 16-seitigen Sondernummer der internationalen Ausgabe des "Mercurio" vom September 1973, die der Rechtfertigung des Putsches gewidmet ist, lassen sich folgende Standardlegenden als tragende Elemente dieser ideologischen Offensive festhalten:

1. Die Legende vom wirtschaftlichen Chaos Die Junta versucht, die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UP zuzuschreiben und den Putsch als Rettung aus einem durch Unfähigkeit, Korruption und bewußter Mißwirtschaft darzustellen. Wie jedermann weiß, resultieren diese Schwierigkeiten aus der konzipierten Boykott-Aktion der in- und ausländischen Bourgeoisie. Für die Versorgungskrise waren vor allem der ausländische Lieferboykott, der Fuhrunternehmer-Streik und die Hortung der inländischen Produktion maßgeblich; das "Wunder", daß unmittelbar nach dem Putsch vorübergehend Waren in den Schaufenstern erschienen, erklärt die Junta kühn damit, daß "in einem allgemeinen Klima der Arbeitssamkeit die Notwendigkeit zum Hamstern entfällt".

2. Die Legende von der demagogischen Natur aller sozialen Verbesserungen

Das Thema der sozialen Verbesserungen, die in drei Jahren UP-Regierung erreicht wurden, versucht die Junta möglichst völlig auszuklammern. Wo überhaupt darauf eingegangen wird, werden diese Verbesserungen als demagogische Bestechungen und Wahlprüfde ausgegeben. Man scheut allerdings auch nicht vor der direkten Lüge zurück; z.B. wird entgegen jeder Statistik behauptet: "In der UP-Ära hat die Kindersterblichkeit zugenommen."

3. Die Legende von der Verfassungswidrigkeit

Um ihren Verfassungsbruch zu legitimieren, muß die Junta der von ihr gestürzten Regierung die Verfassungsmäßigkeit absprechen. Dabei beruft sie sich auf den Beschluß der rechten Mehrheit des Abgeordneten-Hauses, die am 22.8. in koordinierter Vorbereitung des Putsches der Regierung die Legalität abgesprochen hatte, sowie auf ein Schreiben des Obersten Gerichts vom Juni, in dem diese Hochburg der bürgerlichen Legalität- in einer rein politischen Aktion außerhalb einer anstehenden Sachentscheidung und damit juristisch unstatthaft - der Regierung Verfassungsbrüche vorgeworfen hatte. Verfassungswidrig war es nach Ansicht dieser Organe, daß die Regierung öffentliche Aufforderungen zum Putsch untersagte, daß sie die Versorgung der Bevölkerung gegen den Widerstand der Fuhrunternehmer zu sichern versuchte, daß ein-

zelne Abgeordnete die Folterungen der Marine anprangerten. Verfassungswidrig war kraft Mehrheitsentscheidung, sich gegen die Verfassungsverstöße der Rechten zu wehren. So wird der Regierung vorgeworfen, sie habe ein "Klima der Gewalt" geschaffen, und zum Beleg wird der Name eines "ermordeten Bürgers" genannt; daß in den Jahren davor und besonders in den letzten Wochen vor dem Putsch die Rechte bereits systematisch politischen Mord beging, wird nicht erwähnt - von den Opfern des Putsches ganz zu schweigen. Daß die Junta alle Zeitungen bis auf zwei verboten und auch diese noch einer strengen Zensur unterworfen hat, hindert sie nicht daran, der UP-Regierung - während deren Amtszeit die rechten Zeitungen offen die Regierung verleumdete - "Verstöße gegen die Pressefreiheit" vorzuwerfen. Was damit in Wahrheit angegriffen wird, zeigt ein ungewollt treffender Zwischentitel in der Extra Nummer des "Mercurio": "Bewußtseinsbildender Gebrauch des Films".

Die Tatsache, daß diese "illegale" Regierung noch im März mit 44% der Wählerstimmen bestätigt worden war, versucht die Junta dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sie auf die (bereits unmittelbar nach der Wahl von den Verlierern erhobene, aber alsbald wegen offensichtlicher Unhaltbarkeit wieder fallengelassene) Unterstellung zurückgreift, die Wählerlisten seien gefälscht gewesen. - Diese Behauptung wird übrigens auch bereits vorsorglich als Alibi für eine möglichst lange Machtausübung verwendet: Bevor die Listen nicht "korrigiert" seien, könne man nicht an Wahlen denken.

4. Die Diktaturlegende

Da die Verfassungswidrigkeit für die Vergangenheit nur äußerst fadenscheinig belegt werden kann, nimmt man ergänzend Zuflucht zu der Behauptung: Aber in Zukunft wäre die Regierung verfassungswidrig geworden, wenn wir sie gelassen hätten! Sie hätte eine Diktatur errichtet, freie Wahlen abgeschafft und alle politischen Gegner unterdrückt. - Während dies bezüglich der UP unnachprüfbar Unterstellung bleibt, ist es unter der Junta harte Wirklichkeit geworden.

5. Die Linksputschlegende

Weiter in dem Bestreben, die Verfassungswidrigkeit der Regierung mindestens für eine hypothetische Zukunft zu belogen und zugleich in dem Bemühen, die eigenen Massaker zu rechtfertigen, hat die Junta die Legende vom bevorstehenden Linksputsch erfunden. Ausgerechnet bei Angehörigen der Kommunistischen Partei Chiles, die innerhalb der Linken wegen ihres absoluten Legalismus und ihrer Kompromißbereitschaft kritisiert wurde, will die Junta umfangreiches Beweismaterial gefunden haben, darunter Karteien hochgestellter Militärs und sonstiger Personen, die am Nationalfeiertag, d. 18.9. ermordet werden sollten. - Obwohl es sich bei dieser Behauptung um ein Leitmotiv und Schlüsselement der Rechtfertigungsstrategie der Junta handelt (Die Balkenüberschrift der Extranummer lautet: "Militäraktion verhindert marxistischen Putsch) hat sie bisher die angeblich erbeuteten Dokumente noch nicht vorweisen können - während sonst jede gefundene Pistole, jede ausgetrunkene Whiskyflasche abfotografiert und veröffentlicht wird. Offenbar sind diese Dokumente noch "in Arbeit". Zum Beleg dieser Behauptung werden das Stadthaus und das Wochenendhaus des Präsidenten in geheime Guerilla-Schulen umfunktioniert, seine Leibwache in militärische Ausbilder, deren Bewaffnung in den Grundstock einer Bürgerkriegsarmee. Zitiert wird auch die angebliche Wühlarbeit des MIR in der Marine;

das zum Beleg abgedruckte Flugblatt des MIR sagt aber deutlich worum es geht: Befehlsverweigerung bei rechtswidrigen Putsch-Befehlen.

6. Die Amoralitätslegende

Offenbar unsicher über die Stichhaltigkeit ihrer politischen Argumentation greift die Junta auch zur persönlichen Diffamierung von Allende und seinen Mitarbeitern. Unter der Überschrift "Marxismus, Luxus und Korruption" werden der Stadt- und der Landsitz als luxuriöse Paläste geschildert, während die dazu veröffentlichten Fotos nach westdeutschen Maßstäben allenfalls gehobenen Mittelstandentsprechen. Die angeblich vorgefundenen Geldsummen - hier 40 000, dort 8666 Dollar - gelten als "Beweis von Verschwendung und Unterschlagung". Einerseits wird behauptet, Allende habe dort bis zu 150 Leute untergebracht, andererseits gelten 5 Kühlschränke - also 1 pro 30 Personen - als Zeichen der Prasserei, ebenso wie einige leere Whiskyflaschen. Die Tatsache, daß dort Gäste "bederlei Geschlechts" empfangen wurden und daß es "drei Gemächer für Frauen" gab, soll dem Leser auch sonstige Ausschweifungen suggerieren. Faschismus war stets gepaart mit sexueller Neurose: schon hehelt Leigh öffentlich: "Orgien, Entartungen, Luxus, Ausschweifung".

7. Die Legende von dem fast unblutigen Putsch

Man kann eine Verletzung nicht als Heileingriff ausgeben, wenn seine Folgen schlimmer sind als die angeblich bekämpfte Krankheit. Also ist die Junta parallel zur Diffamierung der UP bemüht, die von ihr selbst begangenen Greuel zu verharmlosen. Sie feiert ihren Putsch als perfekte militärische Aktion, die so rasch und zielsicher geführt wurde, daß die UP-Anhänger gar keine Gelegenheit bekamen, sich durch Widerstand in Gefahr zu bringen. "Alles war von den Streitkräften vorbedacht worden." Es gab nur 95 Opfer (später 131, dann 275, inzwischen 488...).

Damit geht einher

8. Die Legende von der geringen Repression

Alles, was über Morde, Folterungen, Verwüstungen, Bombardierungen etc. in ausländischen Zeitungen steht, ist eine Erfindung des Weltkommunismus. Es gibt überhaupt keine Repression, sondern nur Ordnungsmaßnahmen gegen Extremisten. Es gibt auch keine politischen Gegner, sondern nur gewöhnliche Kriminelle und Landesverräter. In den Poblaciones wurden nur einige marxistische Rädelsführer und "Männer ohne erkennbare Beschäftigung" (also Arbeitslose, also wahllos irgendwelche aus der Bevölkerung) verhaftet.

9. Die Legende von der ausländischen Aggression

Nur in Bezug auf die etwa 14 000 politischen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Diktaturen, die zum Zeitpunkt des Putsches in Chile lebten, gibt die Junta unverhohlen ihre terroristische Verfolgung zu. "Den extremistischen Ausländern, die gekommen sind, um Chilenen zu töten, wird kein Pardon gegeben." Diese "importierten Mörder" werde man "aus dem sozialen Körper Chiles" ausmerzen.

Die Ausländer erfüllen also zum einen die im Faschismus unentbehrliche Sündenbock-Funktion, vergleichbar den Juden im Nazi-Deutschland. Zum anderen erklärt sich dieser Ausländerhaß aus der spezifisch militärischen Feind-Ideologie: Das Militär kann sich nicht eingestehen, daß es als Bürgerkriegsarmee zur Unterdrückung politischer Kräfte des eigenen Landes angetreten ist. Die eigene psychologische Bewältigung verlangt irgendeinen Bezug zur traditionellen Funktion der Streitkräfte: die territoriale Integrität des Landes vor dem ausländischen Feind zu schützen. Das erfüllt die Konstruktion der "Inneren Grenzen": Der neue Feind ist der Weltkommunismus, eine Art internationale Verbrecherorganisationen, die nicht in geschlossener Schlachtlinie an der Landesgrenze erscheint, sondern sich mit allen Mitteln der Tarnung - und eben auch mit Hilfe eingeschleuster ausländischer Agenten - in das Land filtrierte und dort

die Hirne der Einheimischen wie mit einer geheimnisvollen Seuche: dem Marxismus ansteckt. Dadurch verwandeln sich auch die so versuchten Landsleute in Feinde: Es darf auf sie geschossen werden.

In den Köpfen der einfachen Soldaten vereinfacht sich diese Konstruktion noch mehr. Ein Wachsoldat erklärt einem der ausländischen Gefangenen, er sei mit den anderen Ausländern gekommen, um Zwietschacht unter den Chilenen zu stiften, damit dann Argentinien, Bolivien und Peru einfallen und das Land unter sich aufteilen können.

10. Die Legende von Selbstmord Allendes

Obwohl diese Legende durch die Art der Verletzungen an der Leiche klar widerlegt ist, wird sie dennoch weiter kolportiert.

11. Die Normalisierungslegende

Einen Beleg dafür, wie harmlos der Putsch verlief und wie sehr er allgemein begrüßt wurde, sieht die Junta darin, daß bereits (!) sieben Tage nach dem Putsch alle öffentlichen Dienste und Kommunikationslinien wieder voll funktionierten. Sie vergißt, ihre zahlreichen Verordnungen zu erwähnen, die alle mit dem Absatz enden: Zuwiderhandelnde werden erschossen. Solche Verordnungen zählen offenbar zu dem Bild, daß der chilenische Faschismus von "Normalität" hat - ebenso wie Erschießungen, Verhaftungen, Folterungen, Hausdurchsuchungen, Ausgangssperren und Dächerverbronnungen.

12. Die Selbstverleumdungslegende

Die ideologische Offensive der Junta hat insgesamt drei Stoßrichtungen: Das vorgeblich bekämpfte Übel aufbauschen, indem man die UP diffamiert; die in Kauf zu nehmenden Nachteile herunterspielen, indem man die eigenen Gräueltaten verharmlosend und weglugnet; und schließlich einen politischen Kredit für die Zukunft aufbauen, indem man sich als selbstlos, national und progressiv darstellt.

Zu dieser letztgenannten Zielrichtung gehört die ständige Wiederholung, das Militär habe ganz gegen seinen Willen seine apolitische Haltung verlassen, es habe nur aus Sorge um das Vaterland gehandelt, aber notwendige Maßnahmen getroffen und sich schweren Herzens unter das Joch einer ungewollten Verantwortung gebeugt.

13. Die Nationalismuslegende

Dazu gehört weiter die Legende, die Streitkräfte würden eine nationalistische Politik verfolgen, uneingeschränkt über die nationalen Reichtümer und die volle Souveränität wachen und strikt auf dem Grundsatz der Nichteinmischung bestehen. Auch hier widerlegt die Junta sich selbst: Sie hat massive externe Unterstützung bei der Vorbereitung des Putsches angenommen, und eine Politik der offenen Tür für das ausländische Kapital angekündigt.

14. Die Legende von der sozialen Gerechtigkeit

Natürlich können auch verbale Zusicherungen an die Arbeiterschaft, ihre sozialen Mängelerscheinungen würden von der neuen Regierung verteidigt, nicht fehlen. Was damit gemeint ist, kommt in der kennzeichnenden Sprechweise der Junta klar zum Ausdruck: "Jetzt öffnen sich Perspektiven des Wiederaufbaus mittels einer intensiven und disziplinierten Anstrengung, die die Gewohnheit des Arbeitens wiederherstellt und den für den zukünftigen Wohlstand unerlässlichen Prozeß der Kapitalisierung wieder in Gang setzt." Die Junta plane "die fortschreitende Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen durch ihre Delegation an die Volksmassen, die sich im Markt manifestieren." Eine noch klarere Sprache sprechen die Fakten: Die Löhne wurden eingefroren, Konsum ist wieder ein Privileg.

BRIEF AUS SANTIAGO VOM 14. SEPTEMBER 1973

Jetzt ist es schon die 4. Nacht, in der Ausgangssperre herrscht, und immer noch wird ständig geschossen. Gerade vor meinem Fenster... Aber wenn ich an die vielen Genossen denke, die jetzt gesucht werden, die schon verhaftet sind, gefoltert werden, die in den reichen Stadtvierteln von den Massen gelyncht und dann der Polizei übergeben werden, deren Wohnungen geplündert werden, die schon alle tot sind, dann kann ich von mir wirklich behaupten, daß es mir gut geht. Ich weiß nicht genau, wie es 1967 in Griechenland zugeht, aber das hier übertrifft alles, was es jemals an rechtem Terror und Verfolgungen gegeben hat. Die armen Stadtviertel sind bombardiert worden. Heute habe ich von einem Mädchen gehört, einer 19jährigen Medizinerin, die bei einer Hausdurchsuchung sich bewegt hat und gleich erschossen wurde, es sind so einzelne Geschichten, die man über Telefon oder von den wenigen Besuchern, die man während der paar Stunden machen kann, wenn die Sperrstunde aufgehoben wird. Im Rundfunk wird ständig zu Denunziationen der "Marxista" aufgerufen. Wenn man auf den Markt geht, trifft man diesen und jenen Bekannten und man hört, daß dieser tot, und jener gefangen worden ist, insgesamt nicht wenige. Die Junta hat eine lange Liste von linken Prominenten bekannt gegeben, die sich stellen müssen, dazu eine Liste von Ausländern, vorwiegend Südamerikanern. Dann hat sie eine Liste von Leuten bekannt gegeben, die sich angeblich freiwillige gestellt haben sollen.

Es gibt kein entsprechendes Verhalten angesichts all dieser Nachrichten. Ich habe noch niemanden Weinen gesehen. Ich habe die Bilder von gefangenen Arbeitern im Fernsehen gesehen: es sind die gleichen Bilder wie in Spanien, Griechenland, Deutschland 1933. Und dann der Kommandierende von Santiago im Fernsehen: Frage: "Könnten Sie bitte so freundlich sein und den Punkt 6 nochmals wiederholen?" Antwort: "Aber selbstverständlich, also: niemand, aber auch niemand darf das Zentrum von Santiago betreten und zwar von der Plaza Italia, Balmaceda, Brasil, Avenida Matte, Vicuna Macena, Plaza Italia."

Und wenn man erst die politischen Verlautbarungen hört, mit denen all dies verherrlicht wird, ich werde Euch einige Kostproben übersetzen. Sie kommen mit einer penetranten Regelmäßigkeit immer wieder über den Sender, jeder ständische Berufsverband, der sich freudestrahlend dieser Regierung unterwirft, wiederholt die gleichen Sprüche. Es ist übrigens typisch für den politischen Background dieser Regierung, daß es die Berufsverbände der Mittelschichten sind, die als erste die neue Regierung begrüßt haben, und die deren Massenbasis darstellen. Dann kamen natürlich die Unternehmer und erst relativ spät die rechten Parteien. Aber das muß ich noch alles genauer schildern.

Die ersten Nächte konnte ich vor Angst und Angstträumen gar nicht schlafen, nun geht es besser, ich weiß noch gar nicht, wie sich diese Erlebnisse auf mich auswirken werden, ob man dadurch abgebrühter wird oder gerade umso ängstlicher. Ich unterstelle den Genossen hier immer fälschlicherweise, sie hätten in dieser Beziehung schon mehr Erfahrung als ich.

15. September 1973

Die Sperrstunde wird zur Zeit um 10 Uhr morgens aufgehoben und beginnt wieder abends um 18 Uhr. Es ist jetzt nicht die Zeit dazu, Leute besuchen zu gehen, die man noch gar nicht kennt oder nur sehr oberflächlich. Die meisten Geschäfte haben noch zu. Vor allem Geschäfte, die vorher während den Streiken offen

hatten. Brot gibt es noch nicht. Auch die Lastwagen in unserer Straße sind sehr spärlich. Gestern war Markt, aber nur wenige Stände, die Leute kauften etwas hysterisch, zum Teil sehr wütend über die unverhältnismäßigen Preise. Das ist ja auch so eine Geschichte, die es abzuwarten gilt, welche Preispolitik diese Regierung machen wird.

Ich mache nun weiter mit der Übersetzung der ersten Seite von Mercurio, der ersten Tageszeitung nach dem Putsch, erschienen am 13. September.

Der Kommentar der Zeitung lautet folgendermaßen:

"Hacia la Recuperacion Nacional"

Die politischen Persönlichkeiten, die Führer der Berufsverbände und die einflussreichsten Institutionen haben zwar mit verschiedener Sprechweise und Kriterien doch alle einen grundsätzlichen Wechsel in der Ausrichtung dieses Landes verlangt.

Die nationale öffentliche Meinung wie auch die des Auslandes waren zu dem Schluß gelangt, das Chile einem fatalen Schicksal entgegengeht, das entweder zur marxistischen Diktatur oder zum Bürgerkrieg führt.

Die Intervention der Streitkräfte erfolgte in diesem Falle, um die Bürger vor der drohenden marxistischen Diktatur zu befreien und Chile vor dem politischen, sozialen und ökonomischen Zusammenbruch zu bewahren.

Jetzt öffnen sich erst die Perspektiven des Wiederaufbaus und zwar auf dem Weg einer intensiven und disziplinierten Anstrengung, die die tägliche Arbeit und Tagewerk wieder einführt, die die Zerstörung des nationalen Vermögens unmöglich macht und die für das Wohlergehen des Landes notwendig Akkumulation (capitalización) wieder in Gang setzt.

Mit unübertrefflichem Opfermut und Entschlossenheit haben die Streitkräfte ihre Rolle als letzter Schutz der "institucionalidad" erfüllt, aber die schwere Aufgabe, Wunden zu heilen und den Aufbau der Nation wieder in Gang zu setzen benötigt die Hilfe jener Mehrheit der Bürger, die auf allen Ebenen mit ihren Mitteln eine grundsätzliche Neuausrichtung gefordert hatten.

Dem Zusammenbruch der verfassungsmäßigen Ordnung verursacht durch den Marxismus konnte nicht mehr allein durch die politischen Kräfte begegnet werden. Die Streitkräfte und die Polizei haben sich niemals danach geseht, die Verantwortung für die Leitung und das Schicksal dieses Landes auf sich zu nehmen. Aber das dramatische Scheitern der Unidad Popular und die Beschränkungen der Aktionsmöglichkeiten der politischen Opposition in Richtung auf einen Kurswechsel haben die Situation bis an diesen Punkt geführt, an dem wir nun heute stehen.

Chile hat nun eine Militärregierung, die aus den Kommandierenden der drei Bereiche und dem Chef der Polizei gebildet wird. Die Junta Militar hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Befugnisse der Justiz anerkennen wird, daß sie auf die Mitarbeit der Contraloria General der Republik rechnet und daß das Parlament nicht zusammentritt. (disponiendo es receso del Parlamento). Auf diese Weise schafft die Junta die Möglichkeit, auf den Weg der institucionalidad zurückzukehren.

Wenn diese Politik der Junta bei einigen politischen Kreisen Bedenken hervorruft, so können diese Bedenken doch nicht so groß sein, das sie bis zu einer Haltung führen, die Mitarbeit

aller Chilenen an den Anstrengungen für den Wiederaufbau des Vaterlandes abzulehnen. Im Gegenteil, gerade durch die Junta, ist es Chile selbst, das seine letzte entscheidende Karte ausspielt, um über den Haß, die Gespaltenheit des Landes, die Mutlosigkeit und Dokadenz zu triumphieren.

Diese Aufgabe verlangt die Aufwendung aller Fähigkeiten und die Mitarbeit aller Bürger, und besonders derjenigen, die mit ihrer Gleichgültigkeit, ihrer Unentschiedenheit, ihrem Egoismus oder ihrer Trägheit (pereza) die Bedingungen geschaffen haben, die die Entwicklung und Ausbreitung der marxistischen Ideologie ermöglichten und schließlich aufgrund der Gespaltenheit der demokratischen Kräfte den Marxismus 1970 an die Macht brachte.

Das Land hat am Rande der Verfassung gelebt und wurde von ausländischen Ideologien wie ausländischen Guerrilleros überschwemmt. Niemand kann es verwundern, daß das Heilmittel gegen solch eine verzweifelte Situation einen außergewöhnlichen Charakter annehmen muß und eben der Gewalt entsprechen wird, die das Übel seiner Überwindung entgegengesetzt.

Inmitten all dieser Schwierigkeiten verlangt der Patriotismus vor allem Arbeit, Solidaritätsgeist und Zusammenarbeit, um die institutionelle Ordnung wieder herzustellen."

Gerade hat ein Hubschrauber Flugblätter abgeworfen. Der Himmel ist wolkenlos und die weißen Flugblätter glitzern wie Sternchen. Die Kinder rennen glücklich hinter den Blättern her, die nur langsam herunterflattern. Ich versuche auch eines zu erwischen. Sie haben verschiedene Texte, aber eine Linie. Das eine lautet:

"Disciplina ciudadana"

- die Aktionen, die die Streitkräfte durchführen, ebenso wie die Carabineros, haben nur das eine Ziel, nämlich das Wohl Chiles und der Chilenen und dafür brauchen sie die Hilfe der Bürger.

- Man wird kein Pardon geben den extremistischen Ausländern, die gekommen sind, um Chilenen zu töten (Matar)

- Bürger: bleib wachsam, um sie ausfindig zu machen und sie den nächstliegenden Militärischen Einheiten zu denunzieren."

Die Flugblätter mit einer anderen Aufschrift richten sich ebenfalls an die Bevölkerung mit dem Aufruf, die marxistischen zu denunzieren, denn sie hätten vor, die politischen Führer zu ermorden. Ich werde nun erstmal auf den nächsten Blättern meine Übersetzungen machen. Neben mir wohnen Rechte und wenn sie dauernd hören, daß ich Schreibmaschine tippe, dann könnten sie sich vielleicht schäbig benehmen. Als ich an ihnen vorbeiging, da tuschelten sie über mich.

Heute gibt es wieder Brot. Die Schlange ist etwa 300 m lang.

**SPENDET FÜR DEN SIEG DER
CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE!**

PSCHK Berlin West Elfriede Kohut
Nr. 380 087 - 106 / Kennwort: Hilfe für Chile

> AUGENZEUGENBERICHT VON LATEINAMERIKANISCHEN GENOSSEN VOM 21.9.1973,
NACHDEM SIE DAS LAND GERADE VERLASSEN HATTEN (Auszüge)

"...es bedeutet also nicht, daß jetzt keine Gefahr mehr droht, Gefahr besteht weiterhin. Aber jetzt würde unser Schweigen im Gegensatz zum Widerstand des chilenischen Volkes stehen. Es ist notwendig, über diesen Widerstand zu berichten und den offiziellen Angaben, die über Botschaften und Presseagenturen verbreitet werden, zu widersprechen... Einige von uns hatten Kontakte mit chilenischen Widerstandskämpfern ... die uns sagten, unsere Ausreise müsse dazu dienen, eine konkrete Hilfe für Chile zu organisieren ... der Presse auch bekanntzugeben, daß in Chile, obwohl der Putsch von der Junta als abgeschlossen angesehen wird, die politische Machtergreifung keinesfalls eine Tatsache ist...

...während die Presseagenturen heute davon berichteten, daß Revolutionäre erschossen wurden, daß die Regierung Herr der Lage wäre, daß viele Länder dem Beispiel anderer folgten und die Junta anerkannten, wurden darüber keine Nachrichten veröffentlicht, daß der Widerstand in den Arbeitervierteln weitergeht und das es noch freie Gebiete in Santiago gibt ... wo der Widerstand nicht niedergeschlagen werden konnte...

Es ist bedeutsam, daß gestern, als wir ... in das Flugzeug in Cerrillos einstieg, gleichzeitig zwei Bomber der Luftwaffe starteten, und man sprach von dem Widerstand in diesem Viertel.

...die Insel von Quiriquina ist eine Wüste, wo diese Gefangenen ohne ausreichende Bekleidung hingeflogen wurden. Allein die Tatsache, Ausländer zu sein, reicht aus, um erschossen zu werden...

...die faschistische Regierung ruft die Bevölkerung über Radio, Fernsehen und die erscheinenden Zeitungen zur Denunziation jedes Ausländers auf ... auch in Anzeigen...

...wir haben Beweise für die Einmischung der USA. Die ausfliegenden Genossinnen wurden zum Beispiel am Flughafen von einer US-Amerikanerin durchsucht. Es war nicht einmal eine Chilenin. Die Piloten, die die Moneda bombardiert haben, sind ebenfalls Amerikaner. Es ist wohl kaum Zufall, daß am Tage vor dem Putsch Manöver der amerikanischen Marine im südlichen Pazifik stattgefunden haben.

...wir wissen, daß ein Genosse nach seiner Verhaftung zum Gehen aufgefordert wurde, dabei erschoss man ihn. Das geschah in der Av. Vikuna Makena. Unsere Botschaft in Santiago hat Beweise für diese Bluttat aus Sicherheitsgründen nicht nennen wollen... Er wurde hinterrücks mit dem Maschinengewehr erschossen. Er war mit Handschellen gefesselt...

Es ist wichtig, festzustellen, daß sehr oft Männer und Frauen und Kinder erschossen werden, ohne daß sie am Widerstand aktiv teil genommen hätten. Ich habe im Zentrum, an der Kreuzung Condor mit der Av. Bulnes gesehen, wie auf etwa zweihundert Leute mit Maschinengewehren geschossen wurde, die unbewaffnet sich dort als Zuschauer aufhielten...

...es wurde von der Ermordung eines vierzehnjährigen Mädchens berichtet, das beim Schlangestehen vor einem Brotgeschäft protestierte. Das war am 13. September...

... Frau Mercedes de Prada wurde in ihrer Wohnung verhaftet und anschließend ermordet. Sie war siebzig Jahre alt und seit fünfzig Jahren Mitglied der kommunistischen Partei. Ihre einzige Tätigkeit bestand in ihrer Mitgliedschaft bei den Mütterräten ihres Stadtviertels.

...viele Journalisten wurden ermordet. Ihr kennt sicher schon die Nachricht von der Erschießung der Kollegen der Zeitungen Clarin und Ultima Hora, außerdem die Erschießung des Direktors des siebten Fernsehkanals in der Moneda, Augusto Olivares... Es gab Befehle, lateinamerikanische Journalisten zu erschießen, um ihre Berichterstattung zu verhindern...

...in einem Hochhaus, wo wir wohnten, in San Borja, wurden am 13. September 27 Genossen verhaftet. Von ihnen wurden dann sofort 25 vor der Apotheke in San Borja erschossen...

...wir wissen auch von ... Luftwaffenoffizieren, die uns aus Chile ausflogen, daß die Häftlinge, die in zwei Herkules-Flugzeugen zu den Inseln vor der Küste, wo sich die Konzentrationslager befinden, ausgeflogen werden sollten, auf offenerem Meer aus dem Flugzeug herausgestoßen wurden. Wir flogen in einer Maschine ähnlichen Typs, in der 103 Personen bequem Platz hatten, Ihr könnt euch vorstellen, wie viele Menschen zusammengepfercht da hineinpassen.

...die Zahl der Toten ist nicht abzuschätzen. Man kann sich das, was in Chile geschieht, nicht vorstellen. Vielleicht wird die Zahl der Toten niemals mit Bestimmtheit bekannt werden... Ich weiß aus eigener Sicht, daß auf dem Hauptfriedhof von Santiago kein Platz mehr da war, um alle die Toten zu begraben, die hingbracht worden sind. Man muß dabei bedenken, daß diese Toten Angehörige der Regierung Allendes waren. Andere Tote wurden einfach verbrannt...

...ich möchte euch von den Methoden erzählen, die benutzt wurden, um diese Widerstandskämpfer zu töten. Die Carabineros schossen mit Dum-Dum-Geschossen auf alle Fenster. Zwei Tage nach dem Putsch hörte ich noch die Explosion dieser Geschosse und ich schütze, daß auf diese Weise sehr viele Menschen getötet worden sind ... Offiziere der Armee und der Carabineros zwangen die Soldaten und Polizisten, auf die Menschen zu schießen, es gab viele, die für die Unidad Popular gewesen waren. Sie wurden als Abschreckung vor ihren Kollegen erschossen...



Die Presse der chilenischen Reaktion

Übersetzung einer Anzeige aus "Mercurio" vom 18.9.1973

"An die Bürger von Providencia

Die Stadtverwaltung von Providencia schätzt sich glücklich und dankt aus tiefstem Herzen der Junta Militar:

1. Dafür, daß sie den Beziehungen zu Kuba ein Ende gesetzt hat. Die Häuserverwaltung hatte bereits wiederholtemale erklärt, daß die Botschaft dieses Landes aufgrund schwerer und wiederholter Verstöße gegen die Gesetze unerwünscht sei und das Haus in diesem Stadtbezirk zu räumen habe. Die gesetzeswidrige Verhaltensweise dieses "diplomatischen" Sitzes, die diese Stadtverwaltung bereits angezeigt hatte, wurde im Laufe des 12 Septembers bestätigt und zwar durch ihren bewaffneten Widerstand gegen die öffentliche Gewalt.
2. Wir danken der Junta Militar dafür, daß sie die Junta de Abastecimiento y precios (Vereinigung zur Kontrolle der Versorgung und der Preise) aufgelöst hat sowie das Nationale Sekretariat für die Verteilung. Diese Stadtverwaltung hat gegen beide eine hartnäckige öffentliche Kampagne geführt, unterstützt durch den Handel und die Nachbarschaft, und zwar wegen ihrer ungerechten Diskriminierungen.

Bürgermeister und Stadtverwaltung von Providencia"
(Providencia ist der reichste Stadtbezirk von Santiago)

> Zurück zum Mittelalter !

Der sich ursprünglich als liberal verstehende "Mercurio" - vergleichbar in Tendenz, Funktion und Leserkreis der FAZ - bekennt sich offen zum mittelalterlichen Uskurantismus, wenn Aufklärung zum Marxismus führt. In der Ausgabe vom 28.9.73 schreit ein Kommentator:

"Haß und Liebe sind bisweilen nahe beieinander...In einer skeptischen Epoche wie der unseren erscheinen die einzigen Zeichen einer in Dolchstoß verwandelten Liebe zwischen vom Schicksal verfolgten Liebenden...

In jenen Zeiten, die - wie das Mittelalter - mehr metaphysischen Geist besaßen, bekämpfte man die Ideen mit den Waffen; ihre Verfechter wurden verbrannt und die Bücher zerstört als Embleme der Hölle. Die skeptischen Liberalen von heute, die kaum verstehen, daß man sich um eine Frau streitet, geschweige denn um eine Idee, blicken mit Verachtung auf jene Epoche hinab, in der die Ideen und die Bücher flammende Blut und Eiferung hervorbrachten. Aber hinter dieser zivilisierten Geringschätzung der Gewalt verbirgt sich eine Indifferenz gegenüber den Ideen, eine Indifferenz, die nur die Marxisten zu durchbrechen imstande waren,...die einzigen, die verstanden haben, daß man die Welt von den Gehirnen aus erobern muß.

Die skeptischen Liberalen der Welt zuckten zusammen beim Betrachten der Bilder, die unsere Männer der Uniform bei der Aufgabe der Verbrennung von Büchern zeigen. Es waren überzählige Exemplare marxistischer Propaganda, die aus den Lokalen der Extremisten entfernt worden waren und die an einen anderen Ort zu schaffen nach dem Ermessen der Soldaten in diesem Augenblick unmöglich war.

Eines ist gewiß: Die angebliche "Bücherstürmerische" mit einiger Soldaten beinhaltet ein schmerzliches Symbol dessen, daß die Ideen Wert und Gefährlichkeit besitzen. Man erduldet keine Frau, die einem nichts bedeutet... Die Episode zeigt zumindest, daß Indifferenz gegenüber den Prinzipien nicht möglich ist und daß, auch wenn das Land in keiner Weise durch Scheiterhaufen zu ändern ist, es sich jedenfalls auch nicht ändert, solange der willfährige und geschmäcklerische Snobismus des Intellekts bestehen bleibt, in dessen Gefolge gewisse Lehrer und Schriftsteller ihre Aufgabe vergessen, Führer und Hirten des Volkes zu sein."



> Banken der USA gewähren Chile wieder Kredite

(El Mercurio, 29.Sept.1973)

Privatbanken der USA und Europas haben angekündigt, daß sie die Kreditgewährung an Chile wieder aufnehmen wollen - so wurde dem "Mercurio" aus Bankkreisen mitgeteilt. Es wurde hinzugefügt, daß diese Bereitschaft - die sich in verschiedenen Angeboten an chilenische Institute konkretisiert habe - Ausdruck des Vertrauens ist, welches die neue Regierung in den Finanzkreisen der westlichen Welt geweckt habe.

In den nächsten Tagen werden in Chile Abgesandte mehrerer Privatbanken erwartet, die mit Vertretern der Regierung und chilenischer Banken Gespräche führen werden. Die Kredite von Privatbanken an entsprechende chilenische Institute waren während der gesamten Amtszeit der vorigen Regierung praktisch suspendiert. Die jetzt erneuerten Kreditangebote übertreffen in einigen Fällen die vor 1970 gewährten Kredite.

...
(Alejandro Montt, Leiter der Außenhandelsabteilung, gab bekannt, daß die Neubesetzungen und -ernennungen im Bankwesen) den Banken der restlichen Welt mitgeteilt wurden, mit denen Finanz- und Handelsbeziehungen bestehen, woraufhin zahlreiche Telegramme eintrafen, die die traditionellen Beziehungen wiederherstellten, die während der Amtszeit der vorigen Regierung unterbrochen waren. "Die Reaktion - sagte er - ist außerordentlich günstig gewesen."

Die chilenischen Banken hatten um die Refinanzierung der Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum zwischen dem 10.September und 10.Oktober gebeten, woraufhin eine sofortige positive Antwort erfolgte.

Zur selben Zeit kündigten verschiedene nordamerikanische und europäische Banken die Wiedereröffnung der unterbrochenen Kreditvergabe an. Wie hinzugefügt wurde, sind die Beträge sehr bedeutend.

Es wurde bekanntgegeben, daß in den nächsten Tagen zahlreiche Vertreter verschiedener Bankinstitute nach Chile kämen, um die Kontakte wiederaufzunehmen. Einer dieser Vertreter ist William J.Bethune, Vizepräsident der Henry Schroder Banking Corp., einer wichtigen nordamerikanischen Bank, der mit der Regierung und chilenischen Privatbanken Gespräche führen will.

Aus der westdeutschen Presse

Unter der Überschrift 'SPD-Fraktion verurteilt den Putsch' schreibt die Süddeutsche Zeitung (SZ) am 20.9.73: "Nach dem Präsidium der SPD hat auch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion den Militärputsch in Chile und das Vorgehen der Junta gegen Mitglieder und Anhänger der gestürzten Regierung Allende 'auf das Entschiedenste' verurteilt. Zugleich wurden alle demokratischen Staaten ersucht, jede Hilfe zu unterlassen, die als Billigung oder Unterstützung der Junta verstanden werden können."

In einem Artikel vom 22./23. 9.73 berichtet der Korrespondent der SZ aus Santiago, daß sich dort eine von der Nationalpartei kontrollierte korporative 'Gewerkschaft' gebildet habe; diese "schickte dieser Tage eine Gruppe reiselustiger Unternehmer ins Ausland. Sie soll bei den Regierungen um Verständnis für den Putsch werben und Hilfe locker machen."

Am 24.9. berichtet die SZ unter der Überschrift 'Bonn setzt Entwicklungshilfe fort': "Die Bundesregierung wird 'vorerst ihre Entwicklungsprojekte in Chile nicht einstellen." Eppler habe dazu im Süddeutschen Rundfunk gesagt: "Diese Regierung hat bisher ihre Entwicklungshilfe immer orientiert an den Bedürfnissen der Menschen, für die wir die Projekte machen und nicht an Regierungen. Es könne natürlich sein, daß das eine oder andere Projekt sich unter den neuen Herrschaftsverhältnissen nicht halten läßt."

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung widmet am 24.9.73 einen kurzen Artikel der Situation im chilenischen Kupferbergbau. Dort schreibt ein Herr Dr. Ferdinand Dietz: "Unter marktpolitischen Gesichtspunkten wird man der Entwicklung in Chile möglicherweise sogar Positives abgewinnen können. Wenn westliche Techniker, die unter Allende das Land verlassen haben, dem Appell der Militärregierung folgen und nach Chile zurückkehren, und amerikanische Ersatzteile für die Anlagen des Kupferbergbaus wieder zügig zur Verfügung stehen, dann müßte es eigentlich bald möglich sein, die chilenische Kupferwirtschaft wieder flott zu machen. Zudem wird der Vertrieb chilenischen Kupfers künftig wieder unbehelligt von Beschlagnahmeaktionen des früheren amerikanischen Eigentümers Kennecott vor sich gehen können."

Am 27.9.73 schreibt die SZ unter der Überschrift 'Exportgarantien im Chile-Händel': "Die Aussetzung der Deckungsgarantie für Exportgeschäfte mit Chile soll nach Meinung von Außenhandelsexperten im Bundeswirtschaftsministerium wieder aufgehoben werden. Der interministerielle Ausschuß für Ausfuhrgarantien und Bürgschaften wird am 2.10. die Aufhebung der nach dem Staatsstreich verfügten Deckungssperre erörtern.

...Im Bundeswirtschaftsministerium ist man der Auffassung, daß ungeachtet der politischen Situation inzwischen von 'geordneten ökonomischen Verhältnissen' in Chile gesprochen werden kann! Es wäre allerdings interessant zu erfahren, welche Kriterien die Experten des Wirtschaftsministerium für 'geordnete ökonomische Verhältnisse' anlegen; etwa die 100.000 nach dem Putsch Entlassenen? In allen großen Zeitungen wurde die Rückkehr der SPD-Abgeordneten Brück und Wischniewski kommentiert. Zum Problem der Entwicklungshilfe sagten die beiden Abgeordneten, daß man von dem Grundsatz ausgehe, "daß Entwicklungshilfe nicht an Regime, sondern an das Volk fließe. In Gesprächen mit



dem chilenischen Innenminister, General Bonilla, vertraten beide SPD-Abgeordneten ihrem Bericht zufolge die Ansicht, daß die Achtung der Menschenrechte in Chile und die Wiederherstellung einer demokratischen Staatsform Voraussetzung für eine ge-
deihliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik seien."

(FAZ, 2.10.73)

Zum selben Thema berichtet die SZ am 2.10.73: "Von seiten der Junta und der Deutsch-Chilenischen Handelskammer sind die beiden Abgeordneten auf die Frage einer verstärkten Wirtschaftshilfe für Chile angesprochen worden. Da sie aber keinen Auftrag hatten, über Entwicklungshilfe zu verhandeln, wichen sie nach ihrer Darstellung diesem Thema aus oder beschränkten sich auf die Wiedergabe der grundsätzlichen Bedingungen für deutsche Entwicklungshilfeleistungen."

Am gleichen Tag berichtet die Frankfurter Rundschau: "In einem Interview mit ddp präzisierter Wischniewski..., die Junta habe zugesichert, daß alle politischen Gefangenen 'innerhalb von 45 Tagen freigelassen werden, bis auf wenige, gegen die Prozesse angestrengt werden'." Anscheinend haben sich diese beiden Abgeordneten nicht darüber informiert, was die Junta zu der Annahme verleitet, daß es sich um wenige handeln wird, und unter welchen Bedingungen diese Prozesse durchgeführt werden sollen. Es ist von der Bundesregierung zu erwarten, daß sie sich nicht mit solch vagen Zusicherungen zufrieden gibt, sondern allen Druck ausübt, um z.B. die Zulassung von internationalen Beobachtern bei diesen Prozessen zu gewährleisten und auch die Einhaltung der von den Militärs angeblich gesetzten Frist für die Freilassung der Gefangenen sehr genau beobachtet."

Über die Vorstellungen der CDU und SPD zu weiterer Entwicklungshilfe an die Junta schreibt die SZ am 5.10.73 unter dem Titel 'Bedingungen für Hilfe an Chile': "Holtz (Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit) betonte, weitere Hilfe an Chile werde erst dann möglich, wenn sichergestellt sei, daß diese Hilfe nicht zum wirtschaftlichen Wachstum beitrage, sondern auch soziale Strukturen zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen verändert und den Abbau oligarchischer Herrschaftsstrukturen fördere." Beste Voraussetzung dafür sei die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile. Unabhängig von der Haltung der Militärjunta solle aber humanitäre und Nahrungsmittelhilfe für die Bevölkerung geleistet werden...Bei den bevorstehenden Umschuldungsverhandlungen ebenso wie bei der Vergabe von Bundesgarantien und Bürgschaften müsse die weitere politische Entwicklung in Chile beachtet werden. Todenhöfer (entwicklungspolitischer Sprecher der Opposition), der sich vor dem Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Allende gegen Entwicklungshilfe für Chile ausgesprochen habe, weil Chile ein sozialistisches Land sei, erklärte, er halte den Standpunkt: Keine Hilfe, solange geschossen wird, für richtig. Seine Forderung, der projektierte 45-Millionen-Kredit solle erst nach Umschuldungsverhandlungen ausgezahlt werden, halte er auch nach dem Sturz Allendes aufrecht, ..."Das wichtigste Kriterium soll immer die Hilfsbedürftigkeit der Bevölkerung sein und nicht die Form ihrer Regierung." Bleibt nur noch zu fragen, ob die Bevölkerung unter der Regierung Allende nicht hilfsbedürftig war...

Die erste Rate von insgesamt 15.000 Tonnen Weizen, die noch der Regierung Allende zugesagt worden waren, sind nach dem Putsch in Santiago angekommen. Dazu die FAZ vom 6.10.73: "Nicht ungern sehen es einige 'Matthöfer-Skeptiker' in Santiago, daß die erste Rate der 15.000 Tonnen Weizen... gerade rechtzeitig kommt, um den Generälen bei der großen Versorgungskrise zu helfen."

In der Frankfurter Rundschau vom 6.10.73 steht zu lesen, daß Karl Moersch, der parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Auffassung ist, daß die Weiterführung der diplomatischen Beziehungen mit Chile keine Wertung für die Junta beinhalte. "Die Beziehungen seien für die 10 000 bis 15 000 dort lebenden Deutschen nützlich." Daß es sich allerdings dabei um diejenigen Deutschen handelt, die in ihrer Mehrheit die Nationale Partei und die Faschistenorganisation 'Patria y Libertad' unterstützt haben (führende Vertreter dieser Organisation waren Deutschchilenen), scheint Herrn Moersch unbekannt zu sein; oder will er allen Ernstes behaupten, daß ausgerechnet die Besitzer großer Ländereien im Süden Chiles und die bundesdeutschen Investeure vor der Junta 'beschützt' werden müßten."

Die SZ vom 10.10.73 schreibt unter der Überschrift 'Amnesty fordert Öffnung der deutschen Botschaft für Asylsuchende': "Der Vorstand der deutschen Sektion von Amnesty International hat auf einer Sitzung in Stuttgart bedauert, daß die Botschaft der Bundesrepublik in Santiago bisher nicht grundsätzlich für politisch Verfolgte offensteht, obwohl in der chilenischen Hauptstadt die Massenverhaftungen und Exekutionen weitergingen. Amnesty fordert die Öffnung der deutschen Botschaft für alle, die politisches Asyl suchen." "Befremdet" zeigte sich die deutsche Sektion von Amnesty darüber, daß an einem "Dankgottesdienst" zugunsten Chiles in Brasilia als einziger Fremder und nichtchilenischer Diplomat der deutsche Botschafter teilgenommen haben soll."

Neben der Weizenlieferung schreibt der SPIEGEL vom 8.10.73 (Nr.41), "... liegt den Chilenen ein unterschrittsreifer Vertrag über einen Warenkredit von rund 21 Millionen Mark vor. Wie die Weizen-Hilfe ist auch der Kredit, der mit zwei Prozent jährlich verzinst wird und dessen Rückzahlung erst nach zehn Jahren beginnt, noch mit der gestürzten Regierung Allende vereinbart worden. SPD-MdB Alwin Brück... "Was angelaufen ist, läuft weiter." Was den 45-Millionen-Mark-Kredit anbetrifft, so will man hier jetzt die Taktik anwenden, die die Amerikaner gegenüber der Allenderegierung anwandten, Koppelung an Umschuldungsverhandlungen und verschleppen. Dazu Matthöfer: "Ich habe mich jetzt der amerikanischen Argumentation angeschlossen."

**SPENDET FÜR DEN SIEG DER
CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE!**

PSchK Berlin West Elfriede Kohut
Nr. 38a a87 - 1a8 / Kennwort: Hilfe für Chile

Ende September hielten sich die Landestagsabgeordneten und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Brück und Wischnewski für eine Woche in Chile auf. Zweck ihres Besuches war es, im Auftrag der SPD-Fraktion an Ort und Stelle Informationen über die Situation in Chile einzuholen, bedrängten Bundesbürgern zu helfen und sich für alle politischen Gefangenen einzusetzen.

Ebenfalls für eine Woche reisten Anfang Oktober Delegierte der Sozialistischen Internationale nach Chile. In der Sozialistischen Internationale sind sozialdemokratische Parteien verschiedener Länder, auch die der BRD und die radikale Partei Chiles (Mitglied der Unidad Popular), organisiert.

Hier die Wiedergabe ihrer Erfahrungsberichte:

> LE MONDE - 11. Okt. 1973

Antoine Blanca, Mitglied des Führungsausschusses der Sozialistischen Partei (Frankreichs), der sich vom 1. Oktober bis zum 6. Oktober mit einer Delegation der Sozialistischen Internationale in Chile aufgehalten hat, schilderte am 9. Oktober auf einer Pressekonferenz die Unterdrückungsmaßnahmen, denen Chile ausgeliefert ist und berichtete über die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand gegen die Junta organisiert.

Laut Blanca hat sich in Santiago ein Verbindungsausschuss gebildet, welches die Parteien der UP und den MIR einschließt, dessen erste Initiative darin bestand, am 29. Sept. eine Order mit dem Inhalt herauszugeben, daß alle individuellen und militärischen Aktionen einzustellen seien. Es handelt sich dabei um eine Schutzmaßnahme in der Erwartung der Bestimmung einer neuen Strategie der Widerstandskräfte.

Die Delegation der Soz. Internationale konnte während ihres Aufenthaltes mit den Repräsentanten aller in der UP zusammengeschlossenen Parteien und Bewegungen Kontakt aufnehmen. Die Sozialistische Partei, erklärte Blanca, habe von diesen allen am meisten unter der Repression gelitten. Drei- bis vierhundert ihrer Mitglieder seien in der Parteizentrale, die durch Panzerbeschuß zerstört wurde, getötet worden.

Die Radikale Partei wurde ebenfalls schwer betroffen: Ihre führenden Leute, wie Anselmo Sulé, Erziehungsminister im ersten Kabinett Allendes, sind in der Militärakademie von Santiago eingekerkert, oder, wie Anibal Palma, Senator und früherer Präsident der Partei, auf der Insel Dawson. In der Provinz Temuco wurden all ihre Anhänger verhaftet, und man sagt, daß Gaston Lobos, Abgeordneter im Kongreß, kahlgeschoren wurde und nackt mit einem Seil am Ende eines Jeeps festgebunden durch die Straßen geführt wurde.

Die kommunistische Partei dagegen konnte sich eher dem Zugriff des Militärs entziehen. Dies war, so Blanca, ohne Zweifel der Tatsache zuzuschreiben, daß sie zuerst den Aufruf herausgab, keinen Widerstand zu leisten und ein Höchstmaß an Menschenleben zu retten, bis man auf einer neuen

Ebene operieren könne. Die Atmosphäre in den Arbeitervierteln der Vororte von Santiago verglich der französische Delegierte mit dem Flima in der Kasbah von Algier im Jahre 1957: Stadtviertel durch eine fremde feindliche Armee besetzt; Terror, in Bezug auf die durch Rundfunk und Zeitungen verbreitete Propaganda sagte er, dies sei "Goebbels en miniature".

Ein Vogel, der eines Flügels beraubt ist.

Blanca versicherte weiterhin, daß sich etwa 20 brasilianische Offiziere, Spezialisten in der Verhörtechnik und des Antiquerrillalampfes ständig im Nationalstadion aufhalten. Diese Information wurde ihm durch drei verschiedene Fotohaffer bestätigt. Die Delegation der Sozialistischen Internationale wurde schließlich für drei Stunden von Radomiro Tomić, dem früheren Präsidentschaftskandidaten der Christdemokraten und Gegenkandidat von Allende, empfangen. Tomić bedauerte laut Blanca die Erfolglosigkeit der Verhandlungen zwischen der UP und den Christdemokraten, die es der rechten Fraktion dieser Partei im Mai 1973 ermöglichte, die Parteilinie entscheidend zu bestimmen.

Die 36% der UP und die 28% der "linken" Christdemokraten repräsentierten laut Tomić "die Kräfte des Fortschritts". Durch die Trennung dieser Kräfte wurde Chile einem Vogel mit nur einem Flügel vergleichbar.

Blanca schloß mit der Bekanntmachung der Forderungen, die von den Christdemokraten Chiles gestellt wurden und auf die die Soz. Internationale zu antworten beabsichtigt: "Aufrechterhaltung des Drucks auf die westlichen Regierungen, um die Anerkennung des neuen Regimes solange wie möglich zu verzögern und dem Regime gegenüber Bedingungen zur Wahrung der Menschenrechte aufzustellen. Unterbindung wirtschaftlicher und militärischer Hilfe, Unterstützung und Propagierung des Widerstandes des chilenischen Volkes."

> Süddeutsche Zeitung - 2. Okt. 1973

WISCHNEWSKI : AUF MENSCHENRECHT GEPOCHT

"Chile-Reise von demokratischen Politikern als Akt der Solidarität begrüßt"

Die SPD-Abgeordneten Hans-Jürgen Wischnewski und Alwin Brück erklärten am Montag nach ihrem einwöchigen Chileaufenthalt, sie hätten jede Gelegenheit wahrgenommen, um gegenüber Mitgliedern der Militärjunta für die Durchsetzung der Menschenrechte und die Wiederherstellung der Demokratie einzutreten. Auf einer Pressekonferenz in Bonn fiel es den beiden Parlamentariern aber nicht leicht, den Sinn der Reise und der Gespräche mit Junta-Mitgliedern zu erläutern. Wischnewski betonte allerdings, von den demokratischen Politikern in Santiago sei der Aufenthalt der SPD-Delegation als ein Akt der Solidarität außerordentlich begrüßt worden.

Wegen der Kürze der Zeit und der politischen Umstände ist es Wischnewski und Brück aber offensichtlich nicht gelungen, nennenswerte Informationen zu sammeln. Mit politischen Gefangenen durften sie nur unter Bewachung sprechen und von den Verwüstungen in Arbeitervierteln am Rande Santiagos haben

sie nichts gesehen. In Gesprächen mit dem Innenminister und dem Generalsekretär des Putschregimes ist zum Beispiel nicht darüber geredet worden, wie Allende zu Tode kam und nach welchem Recht politische Gefangene abgeurteilt werden sollen.

Während Brück Sorge um die weitere Entwicklung in Chile äußerte, berichtete Wischnewski, daß die Militärs die meisten seiner Gesprächswünsche erfüllt und sich ihm gegenüber korrekt verhalten hätten. Auch sei ihm erklärt worden, die politischen Gefangenen, bis auf diejenigen, gegen die man Prozesse führen wolle, würden in den nächsten Wochen und Monaten entlassen. Ferner haben die Militärs nach Wischnewskis Bericht zu erkennen gegeben, daß sie in zwei bis drei Jahren wieder demokratische Verhältnisse zulassen würden. Brück erwähnte ein Gespräch mit dem noch amtierenden Präsidenten des Obersten Gerichts, der aber nur über angebliche Verfassungsbrüche Allendes, nicht jedoch über das Vorgehen der Putsch-Generäle gesprochen habe. Die beiden Abgeordneten trafen auch den abgesetzten Präsidenten des Verfassungsgerichtes sowie Mitglieder verschiedener politischer Parteien.

Besonders verpflichtet fühlten sich Wischnewski und Brück der zur Volksfront gehörenden Schwesterpartei der SPD, der Radikalen Partei. Mit ihrem in einer Militärschule inhaftierten Vorsitzenden konnten sie unter Bewachung auch sprechen. Wischnewski hob die korrekte Behandlung des Parteiführers hervor. Die Freilassung der inhaftierten Deutschen wäre seiner Ansicht nach auch ohne die Reise nach Santiago erfolgt, hätte aber länger gedauert. Von seiten der Junta und der deutsch-chilenischen Handelskammer sind die beiden Abgeordneten auf die Frage einer verstärkten Wirtschaftshilfe für Chile angesprochen worden. Da sie aber keinen Auftrag hatten, über Entwicklungshilfe zu verhandeln, wichen sie nach ihrer Darstellung diesem Thema aus oder beschränkten sich auf die Wiedergabe der grundsätzlichen Bedingungen für deutsche Entwicklungshilfeleistungen.



DIE HALTUNG DER BUNDESREGIERUNG

(deren Kanzler Vizepräsident der Sozialistischen Internationale ist)

ABSCHRIFT

BUNDESKANZLERAMT

53 Bonn 1, den 27. 9. 1973

An das
Komitee Solidarität mit Chile
z. Hd. Frau Dr. Clarita Müller-Plantenberg

1 B e r l i n 45

Lorenzstraße 65

Sehr geehrte Frau Dr. Müller-Plantenberg,
im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 18. September 1973.

Die Bundesregierung hat mit Bestürzung davon Kenntnis
genommen, daß die verfassungsmäßige Regierung Chiles
durch einen Militärputsch gestürzt worden ist, und daß
im Verlauf der tragischen Ereignisse in Santiago der
Präsident Salvador Allende den Tod gefunden hat.

Die Bundesregierung hofft, daß Chile möglichst bald den
Weg zu friedlichen und demokratischen Verhältnissen
zurückfindet, wie sie seinen freiheitlichen Traditionen
entsprechen. Sie hofft weiter, daß die langjährige,
bewährte Freundschaft, die das deutsche mit dem chileni-
schen Volk verbindet, durch die Ereignisse nicht berührt
wird.

Die Frage einer Anerkennung der gegenwärtigen chilenischen
Regierung stellt sich deshalb nicht, weil es nicht der
Praxis der Bundesregierung entspricht, neue Regierungen
anderer Länder formell anzuerkennen. Die Beziehungen
werden jedoch fortgesetzt, was insbesondere zum Schutz
der in Chile lebenden Deutschen notwendig ist.

Die Bundesregierung hat bisher ihre Entwicklungshilfe
immer an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, für
die die Projekte durchgeführt werden und nicht an
den Regierungen, die sehr häufig wechseln. Sie hat
vorerst nicht die Absicht, diese Projekte, die ja
dem Volk zugutekommen, abzubrechen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Schauer)

Die Haltung des deutschen Botschafters in Santiago - und die der deutschen Konsulate

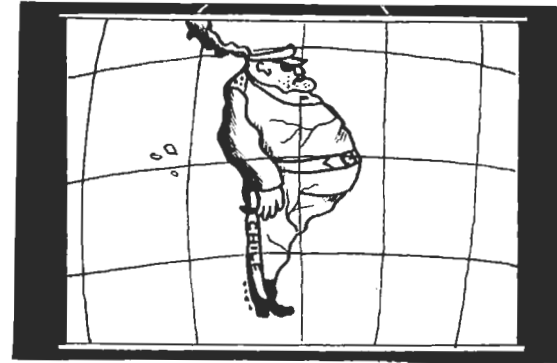
Leserbrief an die Frankfurter Rundschau
(Veröffentlicht am 11. Oktober 1975)

Vom 17. bis zum 20. September habe ich in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago Zuflucht gesucht und die Gastfreundschaft des Botschafters genossen. Daher verwundert mich der Kommentar "Zu glatt" von Romeo Rey in der Ausgabe vom 3. Oktober.

Ich halte ebenfalls die Regelung des Auswärtigen Amtes für falsch und untragbar, nach der nur deutsche Staatsangehörige Zuflucht in der Botschaft der BRD suchen können. Auf Grund der zahlreichen Gespräche, die ich mit dem Botschafter geführt habe, kann ich versichern, daß diese Regelung nicht auf seine Initiative zurückgeht und auch nicht von ihm begrüßt worden ist. Um so unverständlicher ist mir deshalb, daß diese Regelung von Herrn Rey mit der persönlichen Vergangenheit des Botschafters in Zusammenhang gebracht wird, den ich als eine absolut integre Persönlichkeit kennen- und schätzengelernet habe.

Eine nähere Untersuchung hingegen würde die Haltung der deutschen Konsulate und insbesondere der Wahlkonsulate in den Provinzen verdienen, die sich zum Teil an den politischen Streiks vor dem Putsch beteiligten und sich nach dem Putsch häufig absolut mit der Politik der Militärjunta identifizieren.

Prof. Dr. Franz J. Hinkelammert
Lateinamerika-Institut der FU Berlin



Brasilierung Lateinamerikas?

> Z.B. PERU

Die Machtübernahme durch die faschistische Junta in Chile bleibt fraglos nicht ohne Folgen für die anderen Länder Lateinamerikas. Das Vorgehen der reaktionären Kräfte verändert die Situation des gesamten Kontinents. Die Reaktion findet sich allgemein gestärkt. Dies ist von ernster Bedeutung auch für die Unterstützung des Widerstandes des chilenischen Volkes.

Erste Anzeichen für die unmittelbaren Auswirkungen des Putsches in Chile auf dessen Nachbarländer zeigen sich u.a. in den jüngsten Entwicklungen in Peru.

Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes muß zugleich die Wachsamkeit gegenüber reaktionären Tendenzen in anderen lateinamerikanischen Ländern einschließen.

Am 25. September durchsuchte die peruanische Staatssicherheitspolizei in willkürlicher Überschreitung des Pressegesetzes die Buchhandlungen Limas und beschlagnahmte die Nr. 4 der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift "Sociedad y Politica". Die Herausgeber werden verfolgt. Am 28. September wurde der Direktor der Zeitschrift "Sociedad y Politica", Aníbal Quijano, zusammen u.a. mit Ricardo Diaz Chávez, einem Gewerkschaftsführer deportiert.

Ein überraschender Zugriff des Regimes, dessen Image im Ausland weitgehend als progressiv und antiimperialistisch dastcht!? Auf die Hintergründe dieser Willkürmaßnahme muß kurz eingegangen werden. Seit ihrer Machtübernahme im Oktober 1968 versuchen die peruanischen Militärs, eine Klassenintegrierende Strategie zu verfolgen, die sie als Revolution eigenen Stils propagieren.

Diese Strategie hat die Auflösung feudaler Strukturen und eine beschleunigte Industrialisierung zum Ziel, ohne jedoch die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital anzutasten.

Ab 1972 kommt es immer häufiger zu Arbeitskämpfen und Streiks, die in ihren Intentionen weit über das Revolutionsmodell der Militärs hinausgehen und auf die Verstaatlichung oder die Arbeiterkontrolle von Betrieben abzielen. Diese Kämpfe, ebenso wie einfache Lohnkämpfe, werden teils blutig unterdrückt, teils verheimlicht und abgeschwächt, Gewerkschaftsführer werden verfolgt, der gewerkschaftliche Bauernführer Hugo Blanco z.B. deportiert.

Diese Tendenzen drücken sich auch in den offiziellen Verlautbarungen und Erklärungen über die Ereignisse in Chile aus. Wörtlich werden lügnerische Behauptungen der chilenischen Junta übernommen,

In dieser Situation ist es kein Zufall, daß oppositionelle Publikationsorgane nicht geduldet werden können. Die beschlagnahmte Nummer der Zeitschrift "Sociedad y Política" enthielt Erklärungen zum faschistischen chilenischen Militärputsch und Materialien über die Politik des peruanischen Militärregimes, die die zunehmende Unterdrückung von Arbeitern und Arbeitskämpfen denunzieren.

Vor dem Hintergrund des chilenischen Putsches ist es kein Zufall, daß kritische peruanische Intellektuelle der Verfolgung anheimfallen, wenn sie das Bild der friedlichen, die Klassen versöhnenden Revolution als Trugbild entlarven. Dieser Fall zeigt, daß der Klassenkampf keine nationalen Grenzen kennt. Peru ist noch nicht Chile. Doch besteht die Gefahr, daß das chilenische Beispiel und die allgemeine "Brasilisierung" Lateinamerikas die peruanischen Militärs zu einer noch härteren Verfolgung ihres Kurses bringen könnte.

Solidarität mit dem chilenischen Volk ist Solidarität mit dem lateinamerikanischen Proletariat. Die Solidarität mit Chile erfordert die Solidarität mit den Arbeitern Perus und Solidarität mit den peruanischen Intellektuellen, die die Rechte des Volkes verteidigen.



(Auszüge aus "Le Monde" 7. Oktober 1973, S. 1,2)

In Argentinien spitzt sich die Krise eindeutig zu. Kennzeichnend dafür sind die Attentate und Morde auf offener Straße

"Die Anzahl der politischen Attentate in Argentinien steigt seitdem alle Minister am 5. Oktober zurückgetreten sind, um dem General Peron alle Handlungsfreiheit zu lassen, der am 12. Oktober offiziell sein Amt antritt.

Nachdem Peron den linken und den rechten Flügel der peronistischen Bewegung dazu aufgerufen hatte, sich hinter ihm zu sammeln, "um gegen den Marxismus zu kämpfen", wird er sich mit einer schwierigen Situation konfrontiert sehen in Bezug auf den Willen der revolutionären argentinischen Organisationen, die Waffen nicht niederzulegen und im Namen einer Anzahl immer wichtiger werdender Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen innerhalb seiner Bewegung".

Wie Le Monde berichtet, wurde:

- am Freitag ein Attentat in Buenos Aires verübt gegen das Lokal der peronistischen Jugendbewegung
- In Haedo, einem Vorort der Hauptstadt, wurde M. Ruben Contini, ein wichtiger Funktionär der Bundespolizei durch Unbekannte vor seinem Haus erschossen.
- In Cordoba wurde der Generalsekretär der Bezirksgewerkschaft der im Telephondienst Beschäftigten angegriffen und wurde von seinen Angreifern, die ihn tot vermuteten, liegen gelassen.
- Ebenfalls in Cordoba wurde das Büro der CGT (des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes) mit Maschinengewehren beschossen, während alle Gewerkschaftsführer des Büros dort versammelt waren. Zwei von ihnen wurden verwundet.
- In Bahia-Blanca wurden Molotiv Cocktails gegen das Gebäude der revolutionären Arbeiterpartei, die der CGT feindlich gegenüber steht, geworfen. In Tucuman wurde ein Polizist schwer verwundet. Er stand Wache vor dem Haus des Sekretärs der Abgeordnetenkammer der Provinz.



Solidaritätsaktionen in der BRD und Europa

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER CHILE - KOMITEES
AUS DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLIN - FRANKFURT AM MAIN

30. September 1973

Der Griff des chilenischen Militärs nach der Macht war offensichtlich das letzte Mittel der verschiedenen chilenischen und ausländischen Kapitalistengruppen, soziale Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung wie sie von der Regierung der Volkseinheit angestrebt wurden, zu verhindern. Der Militärputsch richtete sich nicht allein gegen eine demokratisch gewählte Regierung, sondern vor allem auch gegen die Organisationen der chilenischen Arbeiter und Bauern, die bereit sind, für ihre Errungenschaften, ihre Fabriken, ihr Land und nicht zuletzt für ihr Leben zu kämpfen.

Die kapitalkräftigen und bevorrechtigten Klassen Chiles hatten bereits vor dem Putsch mit allen Mitteln ihrer wirtschaftlichen Macht, aber auch mit Terror und bürgerkriegsartigen Aktionen versucht, Chaos im Land herzustellen. Nun stellen dieselben gesellschaftlichen Kräfte den Gewaltstreich des chilenischen Militärs als Rettung aus dem Chaos dar, das sie selbst anzurichten bemüht waren.

Dieses Vorgehen zeigt beispielhaft: Das Kapital läßt die Regeln der bürgerlichen Demokratie immer dann bedenkenlos fallen, wenn sich diese gegen Kapitalinteressen auszuwirken drohen.

Der Putsch erfolgte in Kooperation mit imperialistischen Staaten, an ihrer Spitze die USA, die bereits vorher keine Mittel - von der Einmischung der ITT, über Kreditschikanen bis zum Kupferboykott - gescheut hatten, um die Regierung der Volkseinheit zu stürzen. Hinter der Fassade von Entspannungspolitik sind die USA bemüht, soziale Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu liquidieren.

Wir müssen gegenüber dem bürgerlichen Gewaltstreich in Chile jetzt international dieselbe Solidarität entwickeln, mit der in den vergangenen Jahren die Befreiungsbewegung in Vietnam unterstützt wurde. Wir müssen bewußt machen: gegenüber dem Bruch bürgerlicher demokratischer Legalität in Chile durch Kapital und Militär ist jedes Mittel proletarischer Gegengewalt legitim. Die Errungenschaften der Arbeiter können nur die Arbeiter selbst verteidigen und weiterentwickeln.

Die in Frankfurt versammelten Chile-Komitees aus 12 Städten der BRD und Westberlin einigen sich darauf, ihre Bemühungen zu koordinieren, um vor allem folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Informationen zu verbreiten: über den Kampf des chilenischen Volkes, seine Organisationen und seine Errungenschaften während der letzten Jahre, über den Kampf des chilenischen Volkes und seiner Organisationen gegen die faschistische Militärjunta, gegen Bourgeoisie und Imperialismus.

2. Politische und materielle Aktionen der Solidarität für diesen Kampf und für die Opfer der Unterdrückung in Chile, die sich auch gegen die Exillateinamerikaner in Chile richtet, zu organisieren und zu unterstützen.

3. Druck auf die Bundesregierung, auf nationale und internationale Organisationen auszuüben, um jede Zusammenarbeit mit der Militärjunta zu verhindern und die Unterstützung des chilenischen Widerstands zu erreichen.

Die in Frankfurt versammelten Vertreter der Chile-Komitees empfehlen den Komitees:

1. die Solidarität für den chilenischen Widerstand so zu gestalten, daß unterschiedliche parteipolitische Interessen die Solidaritätsarbeit nicht behindern,
2. die Mitarbeit in den Komitees allen zu ermöglichen, die mit den Zielen dieses Aufrufs übereinstimmen,
3. eine enge Zusammenarbeit mit den Organisationen der lateinamerikanischen Studenten in der BRD und Westberlin anzustreben.

Solidarität für den Sieg der chilenischen Arbeiterklasse!

Der Kampf geht weiter!

Die Vertreter der Chile-Komitees einigen sich auf eine Reihe von gemeinsam zu lösenden Aufgaben:

- Die Chile-Nachrichten werden weiterhin von dem Berliner Redaktionskollektiv herausgegeben und sollen unterstützt und verbreitet werden. Bei vorheriger Bezahlung können jeder Stadt eine abgesprochene Anzahl zum eigenen Vertrieb zugeschickt werden. - Für die Presseübersicht ist Marburg verantwortlich. - Jede Gruppe soll versuchen, Beiträge einzuschicken, auch Kurzanalysen ihrer Chile-Aktionen.
- Medikamente sollen nach Frankreich geschickt werden (CEDETIM, 34 Rue Vielle du Temple, Paris 4). Für den Transport der Medikamente nach Frankreich hat sich Aachen (Luis Lozano, 51 Aachen, Löhrgarten 10) verantwortlich erklärt.
- Verantwortlich für die Flüchtlingsfrage ist Heidelberg (Jochen Kranz, 69 Heidelberg, Hauptstraße 158 06221 42426).
- In der Galerie Poll (1 Berlin 15, Kurfürstendamm 185 030 8836644) werden Bilder von Künstlern gesammelt, die bereit sind, den Erlös für den Widerstand in Chile zu spenden. Weiter bitten wir private Sammler, zum gleichen Zweck Graphiken zur Verfügung zu stellen.
- Ein Tonband mit chilenischer Folklore und eine Dia-Ton-Reihe mit Text wird in Aachen (Luis Lozano) gemacht. Ein weiteres Tonband mit chilenischen Liedern (deutscher Text liegt bei) stellt Tübingen (Fredy Holzbrecher, 74 Tübingen, Mordiogasse 6) zusammen.

- Eine Reihe von Kunstplakaten, die zum Wahlkampf der UP gemacht wurden (30 Stück), werden vervielfältigt und als Sammlung verkauft. Ein Plakat von Stock ist in Heidelberg, ein Chile-Plakat "Guernica" in Aachen zu erhalten.

> BERICHT ÜBER DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄTSKONFERENZ
Helsinki, 29./30. September 1973

Die Konferenz in Helsinkis Finlandia-Halle, zustandegekommen auf Initiative des Weltfriedensrates, organisiert von einem finnischen Komitee aus Vertretern aller Parteien der Regierungskoalition, geriet entsprechend dem internationalen Rahmen zu einem recht eindrucksvollen Solidaritätsbeweis. Mehr als vierhundert Delegierte aus über sechzig Ländern, darunter auch Sprecher asiatischer und afrikanischer Befreiungsbewegungen, Regierungsvertreter aus sozialistischen Staaten, Repräsentanten sozialistischer, kommunistischer und vereinzelt auch sozialdemokratischer Parteien aus Westeuropa, Mitglieder von latein- und nord-amerikanischen Solidaritäts- und Friedensorganisationen ect., suchten nach möglichen gemeinsamen Aktionen gegen die chilenischen Faschisten und ihre imperialistischen Hintermänner. Den gewichtigsten Anteil an der Ausarbeitung der Konferenzresolution und des Aktionsprogramms übernahm die chilenische Delegation, gebildet aus den Unterzeichnern des Aufrufs von Rom vom 18. September. Eine Massenveranstaltung, auf der unter anderen Isabel Allende sprach, beendete die Konferenz.

Beschlossen wurde ein Katalog von Forderungen und Aktionen, der unter anderem vorsieht:

- Die Bildung von breiten, einheitlichen und aktiven nationalen Solidaritätskomitees in jedem Land, entsprechend den eigenen Bedingungen und Möglichkeiten;
- eine breite Kampagne zur materiellen Hilfe für die Opfer und die Widerstandsorganisationen in Chile voranzutreiben;
- Ausnutzung der verschiedenen Formen des politischen, diplomatischen und öffentlichen Drucks ect., damit die Verfolgung politischer Flüchtlinge in Chile aufhört und damit sie in anderen Ländern aufgenommen werden;
- die Einrichtung eines internationalen Tribunals zur Verurteilung der Verbrechen der Militärjunta, gebildet aus international angesehenen Juristen;
- die Ausarbeitung eines "Schwarzbuches", das die Verbrechen seit dem Putsch zusammenfaßt und dokumentiert;
- die Durchführung von Kampagnen, um von den jeweiligen Regierungen zu erreichen, daß Maßnahmen zur Isolierung der Militärjunta ergriffen werden, sowie Sanktionen, moralischer, politischer und ökonomischer Art, aufrechterhalten werden, um die Lieferung von Waffen an die Junta zu unterbinden; in diesem Zusammenhang unterstützt die Konferenz nachdrücklich die Entscheidung der britischen Werftarbeiter, für die Junta bestimmte Kriegsschiffbauten nicht zu voll-

den; ebenso die Haltung der französischen Dockarbeiter, keine Waffen für dieses inhumane Regime mehr zu verladen; sowie die Solidaritätsstreiks der Gewerkschaften in Frankreich, Venezuela, Argentinien und anderen Ländern;

- Aufforderung an die verschiedenen Berufsgenossenschaften, Vertretungen und Verbände, besondere Initiativen zu verwirklichen, um das Leben und die Freiheit ihrer chilenischen Kollegen zu retten.

> ZUM PROBLEM DER POLITISCHEN FLÜCHTLINGE

Es bestehen konkrete Anzeichen dafür, daß Vertreter des Weltkirchenrats von der Militärjunta die Zusage erreicht haben, daß Tausende von bedrohten Ausländern und Chilenen das Land frei verlassen können. Länder wie Kanada und Australien, aber auch eine Reihe von europäischen Ländern sind bereit, große Gruppen von Flüchtlingen zu übernehmen. Die Bundesrepublik hat bisher noch nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen.

In diesem Zusammenhang gewinnen Initiativen an Bedeutung, die auf die Gründung eines großen Fonds hinlaufen, aus dem Flugkosten und Starthilfen für die chilenischen Flüchtlinge bezahlt werden können. Die Erinnerung an die Zeit des deutschen Faschismus, in der unzählige Emigranten Zuflucht im Ausland - gerade auch in Chile - fanden, müßte es möglich machen, daß breite Kreise, auch wenn sie sich niemals mit der chilenischen Volkseinheit identifiziert haben, an der Schaffung und Förderung eines solchen Fonds teilhaben.

Solche Initiativen könnten auf lokaler Ebene wesentlich unterstützt werden, wenn schon jetzt konkrete Schritte im Sinne der Vorbereitung von Patenschaften für Flüchtlinge unternommen würden.

> INITIATIVE AUS FRANKFURT: ZUR KENNNTNIS- UND WEITERGABE
Resolution an Stadtparlament und Oberbürgermeister

"Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit hat die Militärjunta in Chile dem Weltkirchenrat erlaubt, 13 Sammelstellen einzurichten, durch die 10 000 politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern Lateinamerikas, die in Chile Asyl gefunden hatten, die Ausreise ermöglicht wird. Durch die Aktion des Weltkirchenrats soll verhindert werden, daß diese Menschen an ihre Heimatländer ausgeliefert werden, wo ihnen Gefängnis, Folter und Tod gewiß sind. Außerdem befinden sich in Argentinien und Peru Tausende von Chilenen, die vor der Verfolgung durch die Militärjunta geflüchtet sind. Da kein lateinamerikanisches Land so viele Flüchtlinge aufzunehmen bereit ist, bittet uns der Weltkirchenrat dringend, Initiativen zu ergreifen, um Asylländer für 10 000 Flüchtlinge oder mehr zu finden. Der Weltkirchenrat plant, eine Luftbrücke nach Europa einzurichten, und bittet, geeignete Regierungen in Europa nach Einreisemöglichkeiten für die Flüchtlinge zu fragen.

Die geplante Aktion des Weltkirchenrats stellt uns vor die Aufgabe, die Flüchtlinge, die in die BRD kommen, angemessen mit Arbeitsplätzen und Wohnungen zu versorgen. Besonders dringend erscheint uns die unbürokratische Erledigung der folgenden drei Punkte:

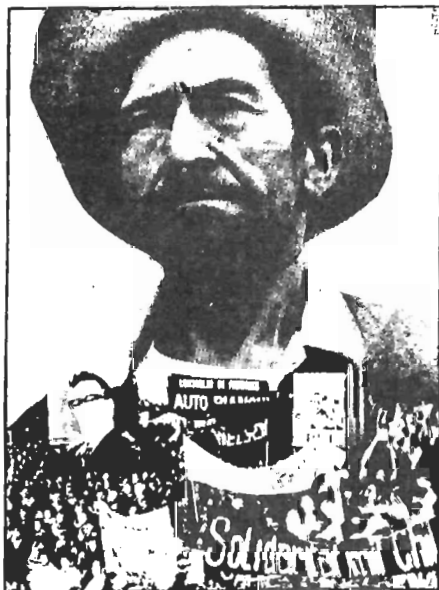
1. ungehinderte und unbegrenzte Einreise für Flüchtlinge aus Chile,
2. rasche Erteilung von Aufenthaltserlaubnis,
3. rasche Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und Betreuung der Flüchtlinge durch Arbeits- und Sozialämter.

Wir meinen, daß die Stadt ... sich an dieser Aufgabe beispielhaft beteiligen kann, soweit es in ihrer Kompetenz liegt.

Die Kosten, die durch diese Aktion entstehen, sollten getragen werden durch Bundesmittel für Flüchtlinge. Wir schlagen vor, zu prüfen, ob die Entwicklungshelfer, die jetzt aus Chile gekommen sind oder dorthin reisen wollen, unmittelbar für die Betreuung der Flüchtlinge hier eingesetzt werden können. Einige kirchliche Gemeinden und demokratische Organisationen bemühen sich bereits, vorsorglich Zimmer und Arbeitsplätze zu besorgen.

Wir erinnern daran, daß ähnliche Aufgaben durch unbürokratische Handhabung im Falle der ungarischen und tschechischen Flüchtlinge 1956 und 1968 gelöst werden konnten. Als Deutsche fühlen wir besonders die moralische Pflicht zur Hilfe, da die chilenische Militärjunta mittlerweile bevorzugt Ausländer und Juden verfolgt.

Wir bitten hiermit die im ... Stadtparlament vertretenen Parteien und den Oberbürgermeister der Stadt ..., die zuständigen Behörden mit der Durchführung der genannten Aufgaben zu beauftragen."



Informationsquellen über CHILE



Dokumente zur Entwicklung in Chile
Hrsg. Komitee "Solidarität mit Chile"
Sozialistisches Büro
115 S., DM 5,-- , je Broschüre 1,-- DM an chilenischen Widerstand
Für Gruppen bei Bestellungen ab 10 Stück 20 % Rabatt
Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postfach 646

"links" - Sozialistische Zeitung
Nr. 48 / Oktober 1973, DM 1,20
Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postfach 591

Chile - Zeitung 1
Hrsg. Komitee "Solidarität mit Chile"
Solidaritätspreis DM 0,10
c/o Clarita Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65

Lieder für die Freiheit - Daniel Viglietti
(Freiheitslieder aus Lateinamerika mit Texterklärung)
Hrsg. Komitee "Solidarität mit Chile" / Adresse wie oben
Preis ca. DM 5,--

Chile-Dokumentation Nr. 1 / "Poder Popular"
AELA c/o Patricia Handl Alvarez
2 Hamburg 13, Bornstr. 2 Tel. 040-410 11 15

Chile heute
ALA c/o Asta-Uni, 76 Freiburg

Entwicklungspolitische Korrespondenz
Nr. 5/6-73, DM 1,50
c/o Erfried Adam, 2 Hamburg 19, Postfach 2446

Chile-Dokumentation
ESG, 7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29, Tel. 0711-23 10 34

Arbeiterpolitik Nr. 4/6 1971
Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution
c/o M. Kuhlmann, 28 Bremen, Admiralstr. 139

Beilage zur Arbeiterpolitik 4/1973
Die Konterrevolution kommt der Revolution zuvor.
Adresse wie oben

Antiimperialistisches Informationsbulletin
c/o Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstr. 46

Chile Sonderdruck
Deutsche Volkszeitung, 4 Düsseldorf, Postfach 2726

"rouge"
Interview: Les dirigeants du M.I.R. clandestin parlent
10, imp. Guéméné, Paris 4

"Chili", 1970-1972
la mobilisation des masses
Bulletin de liaison du Cedetim, Nr. 26/Febr. 73
Cedetim, 94, rue Notre-Dame des Champs, 75006 Paris

"Chili" la lutte Continue
Adresse wie oben

Informations-Bulletin Nr. 1 / 30.9.1973
Adresse wie oben



Anfang Dezember erscheint in der Reihe "ro-ro-ro aktuell" ein vom Komitee
"Solidarität mit Chile" herausgegebenes Buch mit dem Titel "Konterrevolution
in Chile, Dokumente und Analysen zum Terror".
Die Honorare gehen auf das Solidaritätskonto des Komitees.



Filme aus CHILE - Filme über CHILE

Folgende Filme können beim ARSENAL (Freunde der Deutschen Kinemathek eV), 1 Berlin-30, Welser Str. 25, bestellt werden.

> HERMINDA DE LA VICTORIA (Herminda des Sieges) Chile 1969, Produktion: Cine Experimental de la Universidad de Chile; Regie: Douglas Hübner, Kamera: Hector Rios, Format: 16 mm Lichtton. Länge: 16 min. Original - deutsche Dialogliste.

In Chile gibt es ein Gesetz, nach dem die Nationalflagge, wo immer sie erscheint, unantastbar ist. Dieses Gesetz versuchten im März 1967 Familien der marginalen Bevölkerung für sich nutzbar zu machen. Sie schlossen sich zusammen, okkupierten ein freies Gelände am Rande von Santiago, errichteten darauf Zelte und pflanzten auf jedes Zelt die Nationalflagge. Die Polizei versuchte das Gelände mit Gewalt zu "räumen". Dabei starb die kleine Herminda. Vier Polizisten hatten ihre Mutter durch das Lager geschleppt. Sie hatte dabei ihr Kind fest an sich gepreßt: es war erstickt. Die Polizei stellte deshalb ihre Aktion ein. Die Leute konnten bleiben. "Herminda de la Victoria" hieß von nun an das Lager.



> DESNUTRICION INFANTIL (Unterernährung bei Kindern) Chile 1969. Produktion: Cine Experimental de la Universidad de Chile. Regie, Buch, Schnitt: Alvaro Ramirez. Kamera: H. Rios. Format: 16 mm Lichtton. Länge: 11 min. Original-d. Dialogliste.

> TESTIMONIO (Zeugnis) Chile 1968. Produktion: Cine Experimental de la Universidad de Chile. Regie, Buch, Schnitt: Pedro Chaskel. Kamera: H. Rios. Format: 16 mm Lichtton. Länge: 10 min. Originalfassung.
Report über die psychiatrische Abteilung des Kreiskrankenhauses von Iquique, im Landesgebiet von Nordchile.

> MUTUAYIN MAPU (Wir erobern unser Land) Chile 1971. Produktion: Tercer Mundo. Regie: Carlos Flores del Pino, Guillermo Cann. Kamera: Samuel Carvajal, Patricio Castilla. Format: 16 mm Lichtton. Länge: 8 min. Originalfassung.
Ein Film über die Mapuches, die ersten Einwohner Chiles.

> EL CHACAL DE NAHUELTORO (Der Schakal von Nahueltoro) Chile 1969. Produktion: Cine Experimental de la Universidad de Chile, Tercer Mundo Ltda. Regie, Buch: Miguel Littin. Kamera: Hector Rios.

Format: 16 mm Lichtton, schwarzweiß. Länge: 85 min. Original mit deutschen Untertiteln.

Der "Schackel von Koshkelero" ist eine historische Figur; der Film versucht, die Verbrechen des "Schackels" aus seinem sozialen Milieu zu erklären. (...) Was man zunächst als Argumentation gegen die menschenunwürdigen Zustände auf dem Land begreift, wird von Anfang an durch eine Demonstration der Mechanismen verwickelt, mit denen man diese Menschen unter dem Vorwand der Erziehung zu geübigen Staatsbürgern formt.

- > NO SE PUEDE DEJAR (Es ist nicht die Stunde zu weinen)
Chile 1971. Produktion: Departamento de Cine de la Universidad de Chile. Regie: Pedro Chaskel und Alberto Sanz. Kamera: Hector Rios.

Format: 16 mm Lichtton, schwarzweiß. Länge: 35 min. Originalfassung - deutsche Textliste.

Im Januar 1971 waren vom brasilianischen Militärregime 70 Gefangene in Australien gegen den Schweizer Botschafter freigelassen. Diese Gefangenen konnten nach Chile emigrieren. In Brasilien wussten sie sich Folter angedroht zu sehen, die sie in diesem Film schildern und demonstrieren.

- > RICARDO CARRERA POEBLO (mit dem Volke reden)
Chile 1971. Produktion: Universität Chile. Regie: Leonardo Cespedes. Kamera: Hector Rios, Carlos Gonzalez.

Format: 16 mm Lichtton, schwarzweiß. Länge: 8 min. Originalfassung ohne Untertitel (deutsche Textliste - der Film hat wenig Dialoge)
Chiles Künstler gehen mit ihrer Kunst auf die Straße. Sie wollen Volk und Volkskunst einander näher bringen. Präsident Allende spricht zu den "Arbeitern der Kunst" und würdigt diesen neuen Weg.

- > EL BOLEDO DE CHILE (Der Preis, den Chile zahlen mußte)
Chile 1971. Produktion: Cine y Television UTE. Ein Film von Fernando Palmeo und einem Kollektiv von 9 weiteren Filmern.

Format: 16 mm Lichtton, Farbe. Länge: 14 min. Originalfassung ohne Untertitel (deutsche Textliste vorhanden).
Der Film untersucht besonders die Rolle des Kupfers in der Geschichte der Ausbeutung Chiles durch den ausländischen Kapitalismus und endet mit der Verstaatlichung der Kupferbergwerke durch Präsident Allende am 11. Juli 1971.

- > VENADEROS (Wir werden siegen)
Chile 1970. Produktion und Regie: Pedro Chaskel und Hector Rios. Kamera: Samuel Carvajal.

Format: 16 mm Lichtton. Länge: 15 min. Originalfassung.
Die Bilder und der audiovisuelle Aufbau des Films sind dazu bestimmt, das Bewusstsein des Zuschauers zu wecken, das eingeschleift ist durch die Schlagworte der Reklame und durch die Gewöhnung an Situationen, die uns durch ihre ständige Wiederkehr und durch Routine normal erscheinen, wenn wir sie nicht sogar einfach ignorieren. Die Regisseure wollten es für notwendig, das System anzuklagen und die passive Haltung des Zuschauers aufzubrechen, um ein kritisches, aktives Bewusstsein für die Realität, in der wir leben, zu schaffen.

- > ARCHIVOS - 81 (Da wirst nicht mehr auszuwandern brauchen)
Chile 1971. Produktion: Institut für bildende Kinematographie in Zusammenarbeit mit Chile-Film. Ein Film von Maria Luisa Mallet und einem Kollektiv von weiteren Filmschaffenden.

Format: 16 mm Lichtton, schwarzweiß. Länge: 11 min. Originalfassung ohne Untertitel (deutsche Textliste).

Die Mapuche, als indigene Ureinwohner von Chile, erfuhren durch die früheren Regime besondere Diskriminierung. Der Film zeigt die Bemühung der Unidad Popular um ihre Reintegration in die Gesellschaft.

- > MIJITA
Chile 1970. Produktion: Comité de Cinematografistas de la Unidad Popular.

Format: 16 mm Lichtton. Länge: 18 min. Originalfassung - deutsche Textliste.
Die proletarische Frau stellt die ausgebeutete Schicht unserer Bevölkerung dar; dies ist auch die Schicht, die am meisten zum Schweigen gebracht wurde und die die wenigsten Ausdrucksmöglichkeiten gehabt hat. Eine solche Frau ist die Hauptdarstellerin unseres Films. (Nuevo Cine Documental Chileno, 1970, Santiago)

- > REPORTAJE A LOTA (Reportage über Lota)
Chile 1970. Produktion: Eugenio Lopez. Regie, Kamera, Schnitt: Abteilung Filmkunst der Universität Chile, Valparaiso und der zentralen, vereinigten Arbeitergewerkschaft Chiles.

Format: 16 mm Lichtton. Länge: 17 min. Originalfassung.

- > Der Kampf und die Arbeit der Kohlearbeiter.
CASA O FIEBDA (Wohnung oder Scheiße)
Chile 1970. Produktion: Zer Mundo. Regie: Guillermo Cann, Carlos Flores und Bewohner der Siedlung "La Union". Kamera: Samuel Carvajal. Musik: Victor Jara.

Format: 16 mm Lichtton. Länge: 10 min. Originalfassung.
"Wir kannten weder die Filmtechniken, weder die ästhetischen Theorien, noch die 'große Welt der Kommunikation'. Wir kannten aber den Zorn des Volkes, das rebelliert, den harten Kampf der Wohnungslosen, die Verschleierung des Kampfes einer sozialen Schicht, die sich der Bourgeoisie entgegenstellt, ohne die Statuten der institutionellen Linken zu erfüllen." (aus Nuevo Cine Documental Chileno 1970, Santiago)

- > MIQUEL ANGEL AGUILERA
Chile 1970. Zentrale, vereinigte Arbeitergewerkschaft, CUT, und Universität Chile. Regie: Alvaro Ramirez, Samuel Carvajal, Leonardo Cespedes.

Format: 16 mm Lichtton. Länge: 7 1/2 min. Originalfassung.
Am 6. Juli 1970 ruft die vereinigte, zentrale Arbeitergewerkschaft Chiles zu einer nationalen Arbeitsniederlegung auf. Am Nachmittag dieses Tages mischte sich Polizei in Zivil unter eine Ansammlung von Streikenden und ermordete den sechzehnjährigen demonstrierenden Jugendlichen Miguel Angel Aguilera.

Redaktionsnachrichten

Immer wieder kommen Nachfragen nach dem politischen Standort des Komitees "Solidarität mit Chile" bzw. der Redaktion. Soweit dieser Standort nicht aus dem Inhalt der CHILE-NACHRICHTEN selbst erschlossen werden kann, sei dazu folgendes bemerkt:
Das Komitee wurde im Mai 1973 von etwa zwanzig Personen aus Westdeutschland und Westberlin gegründet, die in der Mehrzahl in den letzten Jahren und Monaten in Chile gewesen waren und es als notwendig empfanden, besser über den chilenischen